

6 8 W

bildung & wissenschaft Deine Mitgliederzeitschrift aus Baden-Württemberg





Ausgezeichnetes für Lehrer in spe!

Lassen Sie sich von unseren vorteilhaften und preiswerten Angeboten überzeugen – speziell für den öffentlichen Dienst – und schließen Sie die Lücken Ihrer Absicherung – speziell abgestimmt auf Ihren individuellen Bedarf. Wir freuen uns auf Sie.

Wer den Schritt in den öffentlichen Dienst gegangen ist, weiß auch, dass es noch weiterer Schritte bedarf, um gut abgesichert durchs Leben zu gehen.



Private Krankenversicherung

- · Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung



Absicherung der Arbeitskraft: Unsere Dienstunfähigkeitsversicherung

- Zuverlässig Sie erhalten 100% der Rente wenn Sie der Dienstherr aus gesundheitlichen Gründen entlässt oder in den Ruhestand versetzt.
- Flexibel Sie können Ihre Versicherung flexibel bei Anlässen wie Heirat, Geburt eines Kindes oder Erwerb eines Eigenheims anpassen.
- Fair Sie erhalten die Leistung aus der Dienstunfähigkeitsversicherung auch, wenn Sie eine andere Tätigkeit ausüben könnten.

HUK-COBURG Geschäftsstelle Stuttgart Thomas Zöller

Leiter der Geschäftsstelle Tel. 0800 2 153 153 912 gs-stuttgart@huk-coburg.de huk.de Silcherstr. 1, 70176 Stuttgart

Öffnungszeiten

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr

Fr. 8.00–16.00 Uhr
und nach Vereinbarung





Monika Stein, Landesvorsitzende

Zeit zur Besinnung

Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,

2023 war ein bewegtes Jahr und geht nun zu Ende. Ich hoffe, Ihr Jahr hatte viele schöne Momente, an die Sie sich gern erinnern. In der Bildung haben uns auch in diesem Jahr einige Herausforderungen beschäftigt. Manche waren erwartbar, andere kamen überraschend und unvorhergesehen. Eine der größten Herausforderungen, die den Bildungsbereich betrifft, ist der Fachkräftemangel. Diese immense und politisch leider lange verschlafene Herausforderung spielt eine immer stärkere Rolle, die gefühlt jede Diskussion über Bildung irgendwann dominiert. Der Fachkräftemangel führt auch zu einer erhöhten Arbeitsbelastung der Beschäftigten. Nach Lösungen dafür zu suchen, bewegt uns in der GEW schon lange. Unsere Vorschläge diskutieren wir mit den Verantwortlichen in der Politik seit Jahren und werben für ihre Umsetzung. So wollen wir verhindern, dass sich die Belastung unserer Kolleg*innen noch weiter steigert. Dies beschäftigt uns in den Personalvertretungen, gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen auf den verschiedenen Ebenen, aber auch gegenüber der Presse. Auch in Zeiten kreativer und unkonventioneller Lösungen für den Fachkräftemangel die Qualität im Auge zu behalten, ist eine unserer wichtigen Aufgaben als GEW. Auch die herausfordernde Situation besonders für Kinder, Jugendliche, Studierende, Auszubildende und Menschen, die in Armut oder prekären Lebenslagen sind, beschäftigt uns. Alle, die mit diesen Personengruppen arbeiten, treiben deren Lebensumstände um.

Als Bildungsgewerkschaft vertreten wir die Interessen unserer Mitglieder und werben und streiten für möglichst gute Arbeitsbedingungen. Wir sind aber auch die Interessenvertretung der Menschen, mit denen wir arbeiten. Wie und ob uns diese Aufgaben gelingen, hat Renate Allgöwer für diese Ausgabe der b&w recherchiert. Die Lektüre ihres Artikels kann uns für unsere Arbeit wichtige Impulse geben.

Die Vorweihnachtszeit ist für viele eine Zeit der Besinnung, der Ruhe und der schönen Momente und Gemeinsamkeit. Gleichzeitig ist es eine besonders herausfordernde Zeit für Menschen mit Belastungen, Menschen, die jemanden verloren oder existenzielle Sorgen haben. Wer mit ihnen zu tun hat, braucht in diesen Tagen besonders viel Zeit und Kraft für Zuwendung, Begleitung durch den Alltag, und um Mut zu machen. Ich wünsche Ihnen über die Feiertage umso mehr Erholung, Zeit, um durchzuatmen, Kraft zu tanken, um Ihre Seele baumeln zu lassen und Schönes zu erleben. Für den Beginn des neuen Jahres wünsche ich Ihnen alles Gute, Gesundheit, Zuversicht und ausreichend Kraft für das, was Sie sich vornehmen.

Herzliche Grüße

Horila Sti





Tagung der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte
Anliegen treffen auf offene Ohren

Tarif- und Besoldungsrunde

Tarif- und Besoldungsrunde
Länder 2023
Gehaltssprung von
durchschnittlich über 11 Prozent



 $36 \frac{\text{Berufliche Orientierungswoche}}{\text{Wohin nach der Schule?}}$

In dieser Ausgabe

TITELTHEMA GEW VON AUSSEN GESEHEN

- 14 Auf schmalem Grat
- 21 "Die GEW steht auf der Poleposition"

Arbeitsplatz Schule / Kita

26 Beratungslehrkräfte

Steigende Probleme, abnehmende Ressourcen

31 Präventionsfeld Kinderpornografie

Aufgabe der Schulleitung: Kollegium beraten

32 Kita-Krise

Warum wir jetzt eine Wende in der frühkindlichen Bildung brauchen

34 Fachgespräch der GEW

Ganztag – aber richtig gut!

36 Berufliche Orientierungswoche

Wohin nach der Schule?

Tarifpolitik

10 Tarif- und

Besoldungsrunde Länder 2023

Gehaltssprung von durchschnittlich über 11 Prozent

13 Bundesweite Streiks

an Hochschulen

Für bessere Arbeitsbedingungen und einen TV-Stud!

Aus der Arbeit der GEW

- 8 Rückblick 2023
- 25 GEW-Personalräte stellen sich vor
- 28 Tagung der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte (FL/TL)

Anliegen treffen auf offene Ohren

Rubriken

- 3 Editorial
- 6 Aktuell
- **7** Glosse
- 38 Kurz berichtet
- 41 GEW vor Ort
- **43** Jubilare
- **45** Totentafel
- **46** Termine
- 46 Impressum

Titel: Aleksandar Jankovic/iStock Redaktionsschluss der nächsten b&w-Ausgabe: 18. Dezember 2023

MITGLIEDSBEITRAG Mindestbeitrag sinkt

Um die individuelle Einkommenssituation der Mitglieder besser zu berücksichtigen, hat der Gewerkschaftstag beschlossen, den Mindestbeitrag zu senken. Es ist uns wichtig, Mitglieder, die für eine bestimmte Zeit ein reduziertes Einkommen oder kein Einkommen haben, besser zu unterstützen.

Was heißt das nun konkret?

Ab dem 1. Januar 2024 wird der Mindestbeitrag pro Monat von 12,09 auf 7,93 Euro und für Honorarkräfte auf 5,54 Euro sinken. Da sich der Mindestbeitrag gemäß Beitragsordnung am TvÖD SuE EG 3, Stufe 2 orientiert, erhöht sich auch der jeweilige Mindestbetrag geringfügig, wenn es zu tariflichen Anpassungen kommt, frühstens jedoch im Jahr 2025.

Achtung: Die Rechte als Mitglied – sei es Rechtsschutz, Versicherungsschutz oder Streikgeld – sind abhängig von der satzungsgemäßen Beitragszahlung. Deshalb bitte das aktuelle Einkommen bzw. die Tarifgruppe sowie den Teilzeit-Anteil mitteilen. Gerne beantworten wir Fragen zum Beitrag oder anderen Aspekten der GEW-Mitgliedschaft:

(a) Kontakt: mitgliederverwaltung@gew-bw.de

Wir danken allen Mitgliedern für den Gewerkschaftsbeitrag, den wir für eine effiziente und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit einsetzen.

6

Hans Maziol Landesschatzmeister

GEW informiert

Beratung zur Lehrer*inneneinstellung

Wie stehen die Chancen für eine Einstellung? Welche Termine, Verfahren und Verträge gibt es? Welche Auswahlkriterien (z.B. Fächer, Region, Leistung, etc.) werden zugrunde gelegt?

Fragen über Fragen... und von der GEW gibt's kompetente Antworten!

GHWRGS | Dienstag, 23. Januar, 17-19 Uhr

0800 – 439 0000

















Gesprächspartner*innen: Martin Hettler, Ricarda Kaiser, Jana Kolberg, Thomas Reck, Monika Stein, Sanni Veil-Bauer, David Warneck, Ruth Zacher

Gymnasien | Montag, 29. Januar und Donnerstag, 1. Februar, 16–18 Uhr

0800 – 654 7800



















Gesprächspartner*innen: Barbara Becker, Carmen Bohner, Tordis Hoffman, Verena König, Thekla Schwegler, Katya von Komorowski, Markus Riese, Till Seiler, Farina Semler

Berufliche Schulen | Dienstag, 06. Februar, 17 – 19 Uhr

0800 – 439 0000

















Gesprächspartner*innen: Michael Futterer, Clemens Günther, Kai Otulak, Pit Penz, Ulf Politz, Bernhard Schönauer, Wolfram Speck, Axel Schön

bildung & wissenschaft 12/2023

Glosse Ein kleines Wunder



Ich unterrichte Musik. Studiert habe ich das nicht. Aber ich wurde mal mit einer Gitarre gesehen und Zack: Musiklehrer. So läuft das in Zeiten des Lehrkräftemangels.

Durch den Musikunterricht habe ich selber unglaublich viel gelernt. Ich kann jetzt Noten lesen, wenn es nicht zu kompliziert wird. Ich kenne mich jetzt ein bisschen mit klassischer Musik, Shantys und Gospels aus. Ich weiß sogar, was junge Menschen heute selber gerne anhören, obwohl ich das oft gerne lieber nicht wüsste.

Bei Wind und Wetter laufe ich mit der Gitarre über das Schulgelände. Schüler*innen erkundigen sich bei mir, ob ich die gerissene Saite ersetzen konnte oder ob wir beim nächsten Mal wieder den "Hamborger Veermaster" singen.

Aber das Musiklehrerbrot ist oft ein hartes. Ich bin intuitiver Musiker und es treibt mich in den Wahnsinn, wenn jemand falsche Töne nicht hört oder den Rhythmus nicht halten kann. Irgendwann hatte ich den verwegenen Gedanken, ich könnte den Kindern mit Glockenspielen beibringen, Noten zu lesen. Als ich dann aber mit 21 Viertklässler*innen, die unbeholfen auf den Metallplättchen herum dengelten, im Musiksaal saß, fühlte ich mich wie im Fegefeuer für bösartige Musiklehrer. Ein Schüler steckte sich den Schlegel in die Nase. Mit der dicken Seite. Eine Schülerin weinte, weil ihre Freundin ihr das Ding auf den Kopf gehauen hatte. Mehrere Schüler*innen kippten ihre Glockenspiele vom Tisch, die mit einem an Stockhausen-Stücke erinnernden Kling-Klang-Klong am Boden auseinanderstoben.

"Leute", sagte ich verzweifelt und zeigte auf die an die Tafel projizierten Noten, "es ist doch ganz einfach, e e e f f f e e d c, immer Viertelnoten." Ich klopfte das Ganze noch mal und die Kakophoniehölle begann erneut. Ich stemmte beide Hände gegen meine entgleisenden Gesichtszüge, als mich ein langhaariger Bub in die Seite stupste. "Kann ich das mal den anderen auf dem Klavier vorspielen?", fragte er. Was konnte noch schief gehen? Ich stimmte zu. Und da geschah ein kleines Wunder. Der Bub spielte auf dem Klavier und die Kinder spielten mit ihren Glockenspielen einfach mit. Und dann machten wir noch eine zweite und dritte Stimme dazu und alles schwang im Wohlklang zusammen. Ein kleines Wunder. Zur Belohnung sangen wir dann noch den "Hamborger Veermaster" und räumten die Glockenspiele ohne weitere Verletzte auf.

Jens Buchholz

GEW LÄDT EIN

FACHTAGE

"Schule? Super!" Gymnasium – Lernort und Arbeitsplatz der Zukunft

Freitag, 2. Februar 2024, 10:00 - 16:00 Uhr **Hospitalhof Stuttgart**

Mit: Anne Sliwka, Bildungswissenschaftlerin und Professorin an der Universität Heidelberg. Sie stellt Konzepte vor, die zur Weiterentwicklung des Unterrichts anregen.

Mark Rackles, Strategieberater und ehemaliger Berliner Staatssekretär für Bildung. Mit Fokus auf die Arbeitszeit erläutert er, wie die Erfordernisse der modernen Pädagogik durch eine Reorganisation der Schule zum Tragen kommen und das Arbeitsvolumen der Lehrkräfte begrenzt werden kann.

Bezirks- und Hauptpersonalrät*innen beraten am Rande der Tagung zu individuellen Fragen rund um Teilzeit, Pension, Versetzungen etc.



Anmeldung | Informationen: www.gew-bw.de/veranstaltungen

Wie sieht der Arbeitsplatz Berufliche Schule der Zukunft

Donnerstag, 29. Februar 2024, 9:00 - 16:00 Uhr **Hospitalhof Stuttgart**

Mit: Mark Rackles, Strategieberater und ehemaliger Berliner Staatssekretär für Bildung, Farina Semler, stellvertretende GFW-Landesvorsitzende. Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Vertreter*innen der Landtagsfraktionen, 6 verschiedene Foren



Anmeldung | Informationen: www.gew-bw.de/berufsschultag

RÜCKBLICK 2023

Der Lehrkräftemangel zieht sich wie ein roter Faden durch das Jahr. Vor den Auswirkungen kann niemand mehr die Augen verschließen.

JANUAR | FEBRUAR Startschuss für die datengestützte Qualitätsentwicklung. Referenzrahmen Schulqualität, Schuldatenblatt, Statusgespräche und Ziel- und Leistungsvereinbarungen sollen Leistungen der Schüler*innen und damit Studienergebnisse verbessern.



o: imago



MÄRZ Auf zwei Fachtagungen, eine für Kitaleitungen (Bild rechts) und eine für Schulleitungen (Bild oben) diskutierte die GEW mit Wissenschaftler*innen, Kultusministerin Theresa Schopper und Staatssekretär Volker Schebesta, was gegen den Personalmangel und Belastungen helfen könnte.

Direkteinstieg in Grundschulen und Sekundarstufe 1 wird eingeführt. SMK legt Vorschläge gegen Lehrkräftemangel vor.





APRIL | MAI Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) führt zu hohen Lohnsteigerungen.

Diskussion über Arbeitszeiterfassung beginnt. Studie zu Lehrkräftearbeitszeit führt zu Debatten über Deputatsmodell.



JUNI Kita-Verordnung wird verlängert und erlaubt schlechtere Personalausstattung.

Bei der Lehrkräfteeinstellung fürs kommende Schuljahr bleiben Stellen unbesetzt.



A CONTINUE WITH THE PROPERTY OF THE PROPERTY O

Fotos: GEW Baden-Württemberg

JULI | AUGUST Die GEW kann Erfolg feiern (Bild oben). Befristet Beschäftigte bekommen in Zukunft durchgängig Gehalt. Auch in den Sommerferien.

Duale Lehramtsausbildung wurde auf den Weg gebracht. Modellversuche starten im Wintersemester 2024/25

Landesregierung hat dialogische Bürgerbeteiligung zu G8/G9 ins Leben gerufen.

SEPTEMBER Bundesweiter Bildungsprotest der GEW (Bild oben). Es wird für ein Sondervermögen für Bildung geworben.

Bildungsbericht für Baden-Württemberg bietet Datengrundlage für Verbesserungen.

OKTOBER Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder beginnt.



Personarats-wahlen 2024 Bildung Mutig Los:

NOVEMBER GEW läutet den Personalratswahlkampf ein.

Bildungsstreiktag der GEW. In Karlsruhe streiken Tarifbeschäftigte.

DEZEMBER Tarifabschluss mit Gehaltssprung nach vielen Warnstreiks.

In der Pisa-Studie schneiden deutsche Schüler*innen so schlecht ab wie noch nie.

SWK legt Gutachten "Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht" vor.

Bürgerforum empfiehlt neun Jahre zum Abitur.

bildung & wissenschaft 12/2023

TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE LÄNDER 2023

Gehaltssprung von durchschnittlich über 11 Prozent

Die Tarifeinigung bringt eine Inflationsausgleichsprämie und stellt die Weichen für ein reales Lohnwachstum in den nächsten Jahren. Die von der GEW geforderte Übertragung auf Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen ist auf dem Weg.

Nach zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden Ende Oktober und Anfang November brachte die dritte Verhandlungsrunde in Potsdam vom 7. bis 9. Dezember den Durchbruch am Verhandlungstisch. Beeindruckt von den Streiks und der großen Sympathie der Bevölkerung für die gewerkschaftlichen Forderungen zeigte sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) kompromissbereit, so dass eine für beide Seiten vertretbare Einigung gelang. Den Beschäftigten bringt die Einigung in den nächsten beiden Jahren neben einer Inflationsprämie von insgesamt 3.000 Euro einen dauerhaften Gehaltssprung von durchschnittlich über 11 Prozent.

"Die Löcher, die durch die Inflation entstanden sind, können durch die Inflationsprämie etwas gestopft werden. Die Reallöhne werden sich während der Vertragslaufzeit stabilisieren. Dabei hat der Abschluss für die Beschäftigten bei Bund und in Kommunen vom Frühjahr Pate gestanden. Die vielen Streikenden der GEW und der anderen Gewerkschaften haben sich für ein gutes Tarifergebnis und damit auch für einen attraktiven öffentlichen Dienst stark gemacht", sagte Monika Stein nach der Bekanntgabe des Ergebnisses am 9. Dezember in Potsdam. Die von den Gewerkschaften geforderte zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen ist erfreulicherweise laut Aussage der Landesregierung bereits in Arbeit.



Die wichtigsten Bestandteile der Einigung

Die Einigung orientiert sich in der Struktur und der Höhe an dem Abschluss für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen im Frühjahr 2023. Wie dort beträgt die steuer- und sozialversicherungsfreie Inflationsprämie 3.000 Euro. Ihre Auszahlung verteilt sich auf eine Einmalzahlung von 1.800 Euro, die schnellstmöglich ausgezahlt werden soll, und zehn monatliche Raten von Januar bis Oktober 2024 mit je 120 Euro. Für Auszubildende, Dual-Studierende und Praktikant*innen im Anerkennungsjahr beträgt die einmalige, schnellstmöglich auszuzahlende Inflationsprämie 1.000 Euro und zehn Monatsraten zu je 50 Euro.

Die tabellenwirksame und damit dauerhafte Anhebung der Gehälter findet in zwei Schritten statt. Zum 1. November 2024 werden die Tabellenwerte der

Gehälter um 200 Euro angehoben und dann darauf aufsattelnd zum 1. Februar 2025 nochmals um 5,5 Prozent. Werden mit den beiden Erhöhungsschritten keine 340 Euro erreicht, wird die Gehaltssteigerung zum 1. Februar 2025 auf 340 Euro gesetzt. Die tabellenwirksame Gehaltssteigerung beträgt somit zwischen gut 16 Prozent in EG1 und 8,5 Prozent in der Endstufe von EG15. Für Grundschullehrkräfte (EG11) steigt das Einstiegsgehalt um gut 11 Prozent, das von Heimerzieher*innen (S8b) um 12,5 Prozent. Für Auszubildende, Dual-Studierende sowie Praktikant*innen im Anerkennungsjahr werden die Gehälter ab 1. November 2024 um 100 Euro und ab dem 1. Februar 2025 um weitere 50 Euro erhöht.



Demo in Stuttgart am 6. Dezember

Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 25 Monate und ist somit erstmals zum 31. Oktober 2025 kündbar.

Zwar konnten die Gewerkschaften nicht den geforderten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud) durchsetzen. Hierzu waren die Arbeitgeber schlicht (noch) nicht bereit. Aber es konnte eine schuldrechtliche Vereinbarung (sozusagen ein "Tarifvertrag light")

Erstmals bundesweiter Streiktag für Bildung

Viele Beschäftigte aus allen Berufsgruppen an den Schulen, den SBBZ mit Internat und den Hochschulen haben mit ihrer Teilnahme an den Streiks und Aktionen in den Wochen vor der dritten Verhandlungsrunde dazu beigetragen, dass die TdL zu einem Kompromiss bereit war. Die GEW hat dabei neue Wege beschritten und am 28. November erstmals zu einem bundesweiten Streiktag Bildung aufgerufen, an dem bundesweit über 20.000 GEW-Mitglieder auf der Straße waren.



"Unsere Kundgebungen und der Demozug in Karlsruhe waren ein beeindruckendes Erlebnis für alle, die dort waren. Streikende und unterstützende Beamt*innen und Ruheständler*innen erreichten eine große positive Resonanz in der Öffentlichkeit und in den Medien."

> Farina Semler stellvertretende Landesvorsitzende



ausgefallen ist.

otos: Marco Stritzinger



otos (Stuttgart): Virginia Scaldaville



Demo in Tübingen und Stuttgart am 5./6. Dezember kurz vor der letzten Verhandlungsrunde am 8./9. Dezember.

mit der TdL vereinbart werden, die materielle Verbesserungen bringt: Für studentische Beschäftigte werden zum Sommersemester 2024 Mindestentgelte in Höhe von 13,25 Euro pro Stunde festgelegt, die zum Sommersemester 2025 auf 13,98 Euro erhöht werden. Die Mindestvertragslaufzeitenmüssenzukünftig in der Regel zwölf Monate betragen, was bei einer aktuellen durchschnittlichen Vertragslaufzeit von 5,7 Monaten als Erfolg zu werten ist. Der Weg zu einem Tarifvertrag ist damit geebnet und wird Ziel der Tarifarbeit der nächsten Jahre sein. Dass diese Perspektive jetzt besteht, ist den vielen studentisch Beschäftigten in der TV-Stud-Bewegung zu verdanken, die in der

Tarifrunde mit vielen Aktionen und Streiks für ihre Forderung gekämpft haben.

Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder konnte die Angleichung der Stufenlaufzeiten der S-Tabelle an die allgemeine Entgelttabelle erreicht werden: Schon ab Oktober 2024 fallen die besonderen (längeren) Stufenlaufzeiten weg. Verbessert wurde auch die Heimzulage, wo die einzelnen Beträge ab Oktober 2024 auf 50, 65 bzw. 100 Euro erhöht werden. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wird zudem eine SuE-Zulage (130 bzw. 180 Euro) eingeführt. Für eine solche Zulage für die Flächenländer war die TdL nicht bereit. Ebenfalls

werden die 2022 bei den SuE-Beschäftigten der Kommunen eingeführten Regenerationstage nicht übertragen. Geregelt wurde nun auch, dass die Länder auch für Tarifbeschäftigte ein Fahrrad-Leasing anbieten müssen, wenn es für die Beamt*innen bereits angeboten wird. In Baden-Württemberg wurde das im November 2022 von Verdi unter Beteiligung der GEW bereits ausgehandelt. Ab Sommer 2024 soll dies dann auch umgesetzt werden.

Aufgaben bleiben

Mit diesem Abschluss sind aber weder alle Forderungen erfüllt noch alle Tarif-Baustellen abgeräumt. Spätestens in der nächsten Tarifrunde muss sowohl eine vollständige Übertragung der kommunalen SuE-Regelungen in den Länderbereich erfolgen als auch ein vollwertiger TV Stud erkämpft werden. Bei einer anderen Baustelle wird es schon im kommenden Sommer Bewegung geben: Die TdL hat der GEW schriftlich zugesagt, über dringend notwendige Verbesserung bei der Eingruppierung der Lehrkräfte (TV EntgO-L) zu verhandeln.

Beschäftigte kirchlicher Privatschulen auch beteiligt

Erstmals haben sich in Baden-Württemberg auch Lehrkräfte an kirchlichen Privatschulen an den Streiks beteiligt. Aufgerufen hatte die GEW Beschäftige an neun Privatschulen in diakonischer Trägerschaft, an denen die Tarifergebnisse des Länderrunde automatisch übertragen werden. Das häufig zitierte Streikverbot bei den Kirchen greift in diesem Fall aufgrund der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts der letzten Jahre nicht. Die Streikteilnahme war für die Kolleg*innen ein Akt der Ermächtigung und der Vollzug eines bisher vorenthaltenen Grundrechts. In zukünftigen Tarifrunden wird die GEW die Kolleg*innen an Privatschulen in kirchlicher Trägerschaft, aber auch bei freien Träger, die den TV-L anwenden, offensiv in die Tarifrunde mit einbeziehen und, wenn nötig, zum Streik aufrufen. 🏾

Martin Schommer





Studentische Hilfkräfte gingen in Tübingen für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße.

BUNDESWEITE STREIKS AN HOCHSCHULEN

Für bessere Arbeitsbedingungen und einen TV-Stud!

Wie in bundesweit über 50 anderen Städten wurden auch in Tübingen am 20. November die studentischen Hilfskräfte der Uni Tübingen zum Streik aufgerufen. Über 100 Hilfskräfte sowie solidarische Studierende folgten dem Aufruf, sich an der Streikkundgebung zu beteiligen. Über 500 Personen kamen. Das war eine neue und kraftvolle Entwicklung im Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, denn der TV-Stud (Tarifvertrag Studentisch Beschäftigte) ist seit Jahrzehnten ein heißes Thema. Diesen gibt es bisher nur in Berlin, dort allerdings schon seit 1980. Höchste Zeit also, den Tarifvertrag auch in den anderen Bundesländern umzusetzen. Kurze Vertragslaufzeiten, Kettenbefristungen, geringer Lohn und große Machtgefälle in Kombination mit gigantisch teuren Mieten der Uni-Städte, steigenden Lebenshaltungskosten und einem Vollzeitstudium ergeben schlechte Arbeitsbedingungen und eine große Armutsgefährdung unter Studierenden. 82,2 Prozent der studentisch Beschäftigten in Baden-Württemberg gelten als armutsgefährdet!

Auf der Kundgebung vor der Neuen Aula in Tübingen machte die lokale TV-Stud-Initiative genau diese Punkte klar. Und es ist möglich: Das Geld ist da, die Steuereinnahmen steigen! Ein Land, das innerhalb von drei Tagen 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Rüstung bereitstellen kann, sollte ja kein finanzielles Problem haben, den studentisch Beschäftigten einen gerechten Lohn zu zahlen! Eine Doktorandin forderte: "Full-time pay for full-time work!", denn viele Doktorand*innen hätten nur Teilzeitverträge, obwohl von ihnen erwartet werde, Vollzeit zu arbeiten! "Das führt uns nochmal vor Augen, wofür wir auf die Straße gehen und streiken: Für die Einhaltung von Mindeststandards, die strukturell an den Unis und Hochschulen missachtet werden", sagte sie. Um dies zu beenden, könne es nur ein Tarifergebnis geben, wenn der TV-Stud Teil davon ist!

Im Anschluss an die Kundgebung zogen die studentischen Hilfskräften vor das Tübinger Büro der Grünen: Mit Schildern, Bannern, Sprühkreide und einer Megaphon-Durchsage forderten die Hilfskräfte die Tübinger Grünen dazu auf, sich für den TV-Stud zu positionieren und den nötigen Druck innerhalb der Partei auszuüben, damit der Finanzminister Danyal Bayaz seine Blockadehaltung aufhebt und sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TV-L) für

den TV-Stud ausspricht! Aber auch das grün geführte Wissenschaftsministerium wurde kritisiert. Anfang November ließ das Ministerium wissen, dass es kein strukturelles Nichteinhalten von Mindeststandards an den Hochschulen und Unis gebe. Auch der Lohn sei gerecht, und der Job an der Uni ein Privileg! Was für ein Hohn! Ohne Hilfskräfte würden keine Wissenschaftsbetriebe laufen! "Wir lassen uns von solchen Aussagen nicht klein machen, organisieren weiterhin unsere Kolleg*innen und werden, falls nötig, weiter streiken! Denn gemeinsam holen wir uns den TV-Stud. Für ein Ende der prekären Wissenschaft!", sagte Philip Moore, stellvertretender Sprecher des Landesausschusses GEW-Studierender (LAGS).

b&w

bildung & wissenschaft 12/2023



GEW VON AUSSEN GESEHEN

Auf schmalem Grat

Ist die GEW zu einflussreich oder hat sie an Bedeutung verloren? Wird sie ihrem Anspruch gerecht, für die Bildung insgesamt einzutreten, oder ist sie einfach Lehrer*innenlobby? Gespräche mit Vertreter*innen aus Politik, Verbänden und Medien zeigen, der Stellenwert der GEW in Baden-Württemberg ist hoch. Und es gibt Erwartungen, die Fingerspitzengefühl erfordern.

Renate Allgöwer

An der GEW kommt niemand vorbei, der in Baden-Württemberg mit Bildungspolitik zu tun hat. Das will auch niemand. Im Gegenteil. Wenn die GEW ruft, geht jeder hin, zum Beispiel

zu ihrem Sommerfest. "Da sind sie alle", sagt Stefan Küpper, als Geschäftsführer Bildung des Verbands Unternehmer Baden-Württemberg selbst regelmäßiger Gast des Fests. Neben Kultusministerin, Staatssekretärin und Staatssekretär trifft man die Spitzen der Regierungsfraktionen ebenso wie Vertreter*innen zahlreicher Verbände und der Opposition. Hier wird das Netzwerk gepflegt. Da kann sonst sein, was will. "Die gesamte Spitze des Ministeriums war bei der GEW, obwohl das Kultusministerium

an diesem Tag sein eigenes Sommerfest feierte", erinnert sich Norbert Brugger, der Bildungsdezernent des baden-württembergischen Städtetags, an das diesjährige Treffen.

Für Stefan Küpper zeigt das beispielhaft: "Die GEW ist eine Nummer in der Bildungspolitik. Sie wird ernstgenommen, macht sich intensive Gedanken, wie man das Bildungssystem voranbringen kann, und wird als Dialogpartner gesucht." Groß suchen muss man die GEW ohnehin nicht. Sie hat buchstäblich einen festen Platz in den Schaltstellen der

Bildungspolitik. Zumindest in Gestalt ihrer wichtigsten Publikation. Das GEW-Jahrbuch steht selbstverständlich im Büro der Kultusministerin, die bildungspolitischen

Korrespondent*innen der Zeitungen haben es griffbereit am Schreibtisch, ebenso wie die Bildungsexpert*innen im Landtag.

Für Kultusministerin Theresia Schopper (Grüne) ist das Buch "ein wahnsinniger Fundus" für alles, was im Schulleben wichtig ist. Norbert Brugger nennt es "das beste Nachschlagewerk für die Bildung im Land". Dazu kommen regelmäßige Publikationen und Studien.

Das macht die GEW zu einem "Hort des Wissens", wie Kara Ballarin sagt. Seit 2015

landespolitische Korrespondentin der Schwäbischen Zeitung, ist die Bildung von Anfang eines ihrer Steckenpferde in der Berichterstattung. "Es ist mitunter einfacher, bei der GEW Fakten zu besorgen als beim Kultusministerium", plaudert sie aus dem Arbeitsalltag. Die Informationen aus dem Ministerium mit denen der GEW abzugleichen, ist für Axel Habermehl, der als landespolitischer Korrespondent der Südwest Presse ebenfalls seit Jahren über die Bildungspolitik berichtet, ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

"Es ist mitunter einfacher, bei der GEW Fakten zu besorgen als beim Kultusministerium."

Kara Ballarin

landespolitische Korrespondentin der Schwäbischen Zeitung



Nicht nur für Journalist*innen ist die GEW eine wertvolle Informationsquelle. Bildungspolitische Berater*innen der Landtagsfraktionen nutzen bei ihrer Zuarbeit für die Abgeordneten die Analysen der GEW. Der Abgeordnete Timm Kern von der FDP sucht das Gespräch mit der Gewerkschaft und ist "dankbar für Hinweise und Kontakte". Als bildungspolitischer Spre-

cher weiß er: "Die GEW hat eine hohe Kompetenz und gute

Kontakte zu Experten."

Breit aufgestellte Lobbyistin

Die GEW ist tief in der Lehrerschaft und damit in der täglichen Praxis verankert. Ministerpräsident Winfried Kretschmann, selbst seit 50 Jahren GEW-Mitglied, nimmt als oberster Dienstherr der Lehrkräfte im Land nach eigener Auskunft "eine enge, aber kritisch-konstruktive Beobachterrolle" gegenüber der GEW ein. Er nimmt sie "als differenzierte Stimme wahr, die anders als andere Gewerkschaften, die nur einzelne Schularten vertreten, die Schullandschaft als Ganzes im Blick hat".

Blick von außen auf die GEW

Wir sind die größte Bildungsgewerkschaft in Baden-Württemberg. Wenn bildungspolitische Entscheidungen getroffen werden, mischen wir mit. Wir wollen gehört werden, wenn es um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Bildungseinrichtungen geht. Gleichzeitig stehen wir für eine gute Bildung für alle ein. Gerade im Personalratswahlkampf wollen wir als starke Organisation wahrgenommen werden.

Aber wie gut gelingt uns das? Sind wir auf dem richtigen Weg? Was sagen Politiker*innen und andere Personen, die bildungspolitische Fragen mitentscheiden? Wie sehen uns Vertreter*innen der Landespresse?

Um Antworten zu erhalten, haben wir Renate Allgöwer gebeten, diese Menschen zu fragen. Allgöwer war über viele Jahre Bildungs-Journalistin bei der Stuttgarter Zeitung und arbeitet jetzt als freie Journalistin. Wir haben uns darüber ausgetauscht, mit wem sie reden könnte. Danach hatte sie freie Hand – alles andere wäre weder für sie noch für uns infrage gekommen.

Was dabei rauskommt, blieb ein Wagnis. Wir meinen zwar, dass wir eine ordentliche Gewerkschaftsarbeit machen und einen guten Umgang in alle Richtungen pflegen, aber ob andere das auch so sehen, konnten wir nur hoffen.

Allgöwers Text und ihr Interview mit Kultusministerin Theresa Schopper sind jetzt unser Titelthema. Auch wenn uns nicht jede Aussage gefällt: Für uns in der Redaktion hat sich das Wagnis gelohnt.

Michael Hirn, Maria Jeggle

Die Verwurzelung verleiht der Gewerkschaft Gewicht. Kara Ballarin sieht den baden-württembergischen Landesverband zudem im Vergleich zu anderen Landesverbänden "außergewöhnlich gut aufgestellt". Das Kultusministerium höre "bei der GEW stärker hin als bei Verbänden, die nur die Lehrkräfte einer Schulart im Blick haben".

Diese Einschätzung teilt Axel Habermehl. Für ihn ist die GEW "die einflussreichste der Lobbyorganisationen in der badenwürttembergischen Bildungslandschaft".

Und sie ist schlagkräftig. Ein "orchestrierter Leserbriefwust" habe auch ihn selbst schon sehr viel Arbeitszeit gekostet, erzählt der Journalist. Dass die GEW in der Politik Gehör finde, sei milde ausgedrückt: "Wenn die GEW auf den Tisch haut, wackeln im Kultusministerium die Wände", sagt Habermehl.

Das bestreitet der SPD-Landes- und Fraktionschef Andreas Stoch, aber er sagt im Rückblick auf seine Amtszeit als Kultusminister von 2013 bis 2016: "Ich war erstaunt, wie gut die GEW ins Kultusministerium hinein vernetzt ist."

Gute Drähte zu Parteien und Verbänden

Die GEW im Land wird im politischen Farbspektrum nah bei SPD und Grünen verortet. Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule und bei der Bewertung der Bedeutung



"Wenn die GEW sich für gute Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte einsetzt und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung anmahnt, ist das nicht nur im Eigeninteresse ihrer Mitglieder, sondern im Interesse der Gesellschaft."

SPD-Landes- und Fraktionschef

Andreas Stoch,



"Ich kann nicht erwarten, dass die GEW es gut findet, wenn der Städtetag Abstriche bei der Qualifikation des Betreuungspersonals erfolgreich eingefordert hat."

Norbert Brugger,Bildungsdezernent Städtetag



"Die GEW soll gemeinsam mit uns die verbindliche Berufsorientierung voranbringen und sich Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der Bildung nicht verschließen."

Stefan Küpper,Unternehmerverband Südwest



"Die GEW wird in den Kitas als Player gesehen, der die Interessen des Feldes vertritt."

Kristina Reisinger, Verbandssprecherin evang. Landesverband Tageseinrichtungen



"Es ist nicht gut, wenn man immer nur negativ über Schule redet, aber man muss die Missstände aufzeigen." **Karin Schweizer,** Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der PH



"Schwierig finde ich die zahlreichen Forderungen der GEW, diese wecken teilweise bei ihrer Klientel unerfüllbare Erwartungen."

Alexander Becker, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



"Die GEW hat eine hohe Kompetenz und gute Kontakte zu Experten."

Timm Kern, FDP-Abgeordneter



"Ich nehme die GEW als differenzierte Stimme wahr, die anders als andere Gewerkschaften nicht nur einzelne Schularten vertritt, sondern die Schullandschaft als Ganzes im Blick hat."

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident



"Ich vermute, dass die pauschale Fokussierung auf die Überlastung der Lehrkräfte zum Negativbild des Berufs beiträgt."

Sebastian Kölsch, Vorsitzender Landeselternbeirat



frühkindlicher Bildung war sie laut Stoch "sehr nah bei der grün-roten Koalition. Trotzdem waren wir nie deckungsgleich, was sich auch aus den unterschiedlichen Rollen ergibt", betont der frühere Kultusminister. Allerdings: "Die GEW war für mich auch eine bildungspolitische Ratgeberin. Sie möchte, dass jedes Kind möglichst gleiche Chancen hat".

Unabhängig von der politischen Positionierung schätzen auch die CDU und die FDP die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der GEW. Alexander Becker, der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, diskutiert mit der GEW mit Tiefgang und auch mal vertraulich – trotz unterschiedlicher Haltungen zu einzelnen Themen. Die Halbjahresgespräche der Regierungsfraktionen mit der GEW stuft er als "sehr hilfreich ein". Eher schwierig findet er die zahlreichen Forderungen der GEW. Das wecke teilweise bei ihrer Klientel unerfüllbare Erwartungen.

Der FDP-Abgeordnete Timm Kern (von Haus aus Gymnasiallehrer, aber kein GEW-Mitglied) pflegt einen "ausgezeichneten Kontakt" zur GEW. Er schätzt die aktuelle Landesvorsitzende Monika Stein als "äußerst kompetent, nachdenklich, eine sehr gute Interessensvertreterin der GEW". Als Liberaler tritt Kern für das gegliederte Schulsystem und die verbindliche Grundschulempfehlung ein. Aber er unterstützt die GEW-Forderung nach besserer Bezahlung der Grundschullehrer*innen. Gegen die Entlassung der Vertretungslehrkräfte während der Sommerferien hätten GEW und FDP "Seit" an Seit" gekämpft".









Bild links: Kultusministerin Theresa Schopper, Monika Stein, Maike Finnern und Petra Kilian (GEW) auf der Didacta 2023 1. Bild oben: Daniel Born(SPD), Katrin Steinhülb-Joos (SPD), Norbert Brugger (Bildungsdezernent Städtetag) und Dennis Birnstock (CDU) 2. Bild: Thomas Poreski (Grüne), Susanne Posselt (GEW), Sebastian Kölsch (Elternvertreter)

- **3. Bild:** Michael Hirn, Monika Stein (beide GEW) und Andreas Stoch (SPD)
- **4. Bild:** Stefan Küpper (Südwestmetall), Günther Klein (IBBW)

Gemeinsame Projekte gab es zwischen Wirtschaft und GEW bisher nicht. Aber Turbulenzen. Als 2016 das Fach Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung an den Schulen eingeführt wurde, gab es "eine unglaublich ideologische Diskussion", erinnert sich Stefan Küpper. "Da war das Verhältnis zur GEW angespannt". Inzwischen pflegen Unternehmerverband und GEW wieder einen guten Austausch. Man könne belastbare Verabredungen treffen. "Das gemeinsame Eintreten für ein gutes Bildungssystem eint uns."

Auch die Städte als Schulträger sind nicht immer auf einer

"Die GEW ist die einfluss-

organisationen in der

Bildungslandschaft."

baden-württembergischen

Axel Habermehl

der Südwest Presse

landespolitischer Korrespondent

reichste der Lobby-

Linie mit der Gewerkschaft. Aber: "Wir bereichern uns mit unseren Positionen und pflegen einen offenen Umgang", hält Norbert Brugger fest. Der Rechtsanspruch der Grundschüler*innen auf Ganztagsbetreuung könnte seiner Meinung nach den Anstoß geben, gemeinsam neue Wege zur Weiterentwicklung des Bildungswesens zu gehen. "Ich kann nicht erwarten, dass die GEW es gut findet, wenn der Städtetag Abstriche bei der Qualifikation des Betreuungspersonals erfolgreich eingefordert hat", sieht der Dezernent ein. "Es

wird aber nicht anders gehen, weil schlicht nicht genügend Fachkräfte vorhanden sind." Die Städte wollen den Anspruch erfüllen, die GEW will das auch. Wie das gemeinsame Ziel zu erreichen wäre, dazu könnte man mal gemeinsam in Klausur gehen, so Brugger. Denn: "Die GEW hat eine hohe Expertise und viel Einfluss. Dadurch hat sie auch viel Verantwortung für das Ganze - nicht nur für den eigenen Beritt".

Das große Ganze im Blick?

Die GEW will nicht nur eine Interessenvertretung der Lehrkräfte sein, sondern "ein starkes Netzwerk, das Beschäftigte aller Bildungsbereiche umfasst". Zudem versteht sie sich als Bildungsgewerkschaft, die Bildung "in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext" betrachtet.

Das wird nur zum Teil bestätigt. An den Pädagogischen Hochschulen (PH) ist die GEW nach Einschätzung von Professorin Karin Schweizer, der Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz der PH, stärker präsent als andere Verbände, sei es bei Studienanfängertagen oder unter den Lehrenden. Die Hochschulen pflegen gute Beziehungen zur GEW. Sie machen sich gemeinsam stark für die Erhöhung der Bezahlung der Grundschullehrkräfte auf A13 und für den Einsatz multiprofessioneller Teams an Schulen. PH und GEW treten für die Anerkennung des Ein-Fach-Studiums aus dem Ausland ein. "Das ist besser als fachfremde Quereinsteiger*innen zu beschäftigen", meint Schweizer.

Die Forderung der GEW, im Kampf gegen den Lehrkräftemangel die Zahl der Studienplätze auszubauen, teilen die Rektor*innen nicht. "Wir bekommen die Plätze noch gerade so voll, es gibt je nach Lehramt eher einen Mangel an Bewerber*innen", sagt die Rektorin der PH Weingarten. Auch von der Qualität des PH-Studiums sind die Rektor*innen "sehr überzeugt" und sehen, anders als die GEW, keinen generellen Verbesserungsbedarf. Die GEW könnte vielmehr für zwei Einstellungszeitpunkte für Studienabsolvent*innen eintreten, regt Schweizer an. Die Aspirant*innen müssten zum Teil ein halbes Jahr auf den

Beginn ihres Referendariats warten. "Einige orientieren sich in dieser Zeit neu und gehen der Schule verloren." Schweizers Fazit: "Die GEW leistet gute Arbeit, könnte aber mit einigen ihrer Forderungen differenzierter sein."

Im frühkindlichen Bereich stellt sich die Situation anders dar. Der evangelische Landesverband Tageseinrichtungen für Kinder in Württemberg sieht derzeit so wenig Verbindungen zur GEW, dass er sich zu ihrer Bedeutung nicht äußern mag. Auch der Landesverband katholischer Kindertagesstätten findet nur begrenzt Berührungspunkte. Die GEW werde in den Kitas als

Player gesehen, der die Interessen des Fel-

Stefan Küpper vom Unternehmerverband betrachtet die GEW als eine Gewerkschaft, die von Lehrkräften dominiert ist

und für diese das Beste erreichen will. Die GEW schreibe sich die Bildungsgerechtigkeit auf die Fahnen. "Dabei ist sie nur sehr bedingt vorangekommen", hält Küpper fest.

Auch Axel Habermehl merkt an, die GEW sei nicht vorrangig am Gelingen der Bildungserfolge in Baden-Württemberg interessiert. Sie vertrete vielmehr die Interessen ihrer Mitgliedschaft. "Das ist total legitim, aber erfüllt nicht den Anspruch eine Bildungsgewerkschaft zu sein".

Für Sebastian Kölsch, den Vorsitzenden des Landeselternbeirats (LEB), sieht es sogar so aus, "als bewege die GEW sich weg von einem früher stark bildungspolitisch orientierten Verband zu einer Interessenvertretung der Lehrkräfte". Er

des vertrete, natürlich gebe es unter den Beschäftigten GEW-Mitglieder, und man registriere, dass die GEW für ein Bundesqualitätsgesetz und für die Inklusion eintrete, gibt Verbandssprecherin Kristina Reisinger einen groben Einblick. Eine direkte Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband und der GEW gebe es jedoch nicht.



sieht "kein Bemühen, die Belange der Eltern mitzudenken". Das sei auch nicht die originäre Aufgabe der GEW, wäre aber hilfreich. Dennoch sei der LEB im "guten Austausch" mit der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein.

Sehr kritisch betrachtet Kölsch die Positionierung der Gewerkschaft während der Coronapandemie. "Da stellte die GEW den Gesundheitsschutz ihrer Mitglieder über den Bildungsanspruch und das Wohl der Kinder", schildert der LEB-Vorsitzende den Eindruck mancher Eltern. Das habe dem Image der Lehrkräfte weiter geschadet. Der Journalist Habermehl spitzt zu: "Da war die GEW eher Bildungsbremserin als Bildungsermöglicherin".

Markige Töne, oder doch nicht?

Als Gewerkschaft ist die GEW in einer besonderen Situation. Darauf weist Stefan Küpper vom Unternehmerverband hin: "Weil Lehrkräfte Beamte sind, kann sie im Wege der Tarifauseinandersetzung nichts erreichen". Es bleiben Appelle und öffentliche Stellungnahmen. Küpper sieht die GEW auf einem schmalen Grat, "wenn sie ausschließlich auf Defizite hinweist und diese zum Teil sehr dramatisiert".

Für den FDP-Mann Kern geht der Ton der GEW in Ordnung. "Bei dieser Landesregierung werden nur die gehört, die laut schreien." Die Journalistin Ballarin hat den Eindruck, in der vergangenen Legislatur, als die CDU das Kultusministerium führte, "waren die Ellenbogen spitzer". Allerdings wirke die GEW gegenwärtig nicht mehr so präsent, sie habe möglicherweise "etwas an Relevanz verloren".

Ihrem Kollegen Axel Habermehl ist die GEW manches Mal zu krawallig: "In den GEW-Pressemitteilungen hat man den Eindruck, es ergehe den Lehrkräften wie ostafrikanischen Minenarbeitern". Er bestreitet nicht, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert hätten, "aber es gibt Schlechteres, als beamtete Lehrkraft in Baden-Württemberg zu sein". Die GEW, meint er, konserviere eher das Bild von den Lehrer*innen als es zu verbessern. Er rät: "Net so viel jammern, GEW".

Das Schulleben "hat sich rasant gewandelt. Der Schulalltag ist komplexer und aufreibender geworben", konstatiert der Ministerpräsident. Das bringt die Gewerkschaft auch in den Augen der PH-Rektorin Schweizer in die Zwickmühle: "Es ist nicht gut, wenn man immer nur negativ über Schule redet, aber man muss die Missstände aufzeigen".

Abgesehen vom Ton sind auch die Inhalte strittig. Die GEW macht sich sehr für die höhere Bezahlung der Grundschullehrkräfte stark. Stefan Küpper mahnt: "Die enge Fokussierung auf das Materielle wird nicht die Probleme lösen". Auch sollte nicht "die Verteidigung jedes Status Quo" reflexartig am Anfang jeder Debatte stehen.

Der Sozialdemokrat Andreas Stoch hält dagegen: "Der Wettstreit um die besten Köpfe ist groß. Wenn die GEW sich für gute Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte einsetzt und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung anmahnt, ist das nicht nur im Eigeninteresse ihrer Mitglieder, sondern im Interesse der Gesellschaft." Die GEW solle die Probleme deutlich machen, ohne Weltuntergangsszenarien zu zeichnen. "Wer politische Entscheidungen beeinflussen will, ist gut beraten, eigene Vorschläge zu machen, und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen", meint Stoch.

Es ist Sache des Arbeitgebers, für die Attraktivität des Berufs einzutreten. Doch der Elternvertreter Sebastian Kölsch hat

20

eine Idee, wie die GEW die öffentliche Wertschätzung für die Lehrer*innen steigern könnte. Er vermutet, "die pauschale Fokussierung auf Überlastung trägt zum Negativbild bei". Jeder kenne aber eine Lehrerkraft, die nicht überlastet sei. Er regt an, die GEW sollte da ehrlicher werden und dafür sorgen, dass etwa die Fächerkombinationen oder Aufgaben als Klassenlehrer*in in die Deputatsberechnung einfließen. Das sei im Interesse der engagierten "Overperformer".

Wie soll es weitergehen?

Der Unternehmerverband erwartet von einer Bildungsgewerkschaft, dass sie die Diskussion über guten Unterricht und die Künstliche Intelligenz treibt und sich beim Thema Personalund Organisationsentwicklung an die Spitze setzt. "Sie soll gemeinsam mit uns die verbindliche Berufsorientierung voranbringen", sagt Stefan Küpper, "und sich Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der Bildung nicht verschließen".

Die Journalistin Kara Ballarin hat einen praktischen Vorschlag gegen den Personalmangel: "Es wäre im Sinne der Eltern und der Kinder, wenn die GEW ihre Haltung zu Quereinsteigern überdenken würde. Jetzt geht es darum, vor jeder Klasse eine Lehrkraft stehen zu haben."

SPD-Landeschef Andreas Stoch will sich mit der GEW zusammen dafür stark machen, dass Schule arbeitsteilig organisiert wird. "Wir müssen die Lehrkräfte für den Unterricht einsetzen, nicht für die IT und die Schulsozialarbeit." Der GEW schreibt er die diffizile Aufgabe zu, den Lehrkräften nahezubringen, dass sie "notwendige Veränderungen auch adaptieren".

Sensibel ist auch das Anliegen, das Ministerpräsident Kretschmann an die GEW hat. Als Bildungsgewerkschaft "darf und sollte" sie sich zur Bedeutung von Bildung im Allgemeinen äußern, sagt er. "Auch zur Rolle etwa der Eltern in der Erziehungspartnerschaft von Eltern und Schule". Denn: "Was Aufgabe der Schule und was Aufgabe des Elternhauses ist, wandelt sich gerade stark". Die GEW wird ihre Gratwanderungen voraussichtlich fortsetzen.



Renate Allgöwer, freie Journalistin, viele Jahre bei der Stuttgarter Zeitung auf Landesebene für Bildung zuständig

WAS DIE KULTUSMINISTERIN SAGT

"Die GEW steht auf der Poleposition"

Ministerium und Gewerkschaft haben unterschiedliche Rollen, aber ein gemeinsames Ziel. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) würdigt bei allen Gegensätzen in Details den Einsatz der GEW für die Bildungsgerechtigkeit. Aber sie schickt auch eine Warnung.

Renate Allgöwer



Kultusministerin Theresa Schopper im Interview mit der GEW im Sommer 2021.



"Es ist ein Plus, dass die GEW nicht nur für eine Schulart kämpft, sondern aus allen Schularten Mitglieder hat. Das ist wichtig, weil die Schularten unterschiedliche Blickwinkel haben, wenn es um die Verteilung der Ressourcen geht."

Theresa Schopper

Frau Schopper, was fällt Ihnen spontan zur GEW ein?

Ich komme ja ursprünglich aus Bayern. Dort spielt die GEW keine große Rolle. In Baden-Württemberg ist sie die mitgliederstärkste Vertretung von Lehrkräften. Dadurch, dass sie im DGB organisiert ist, hat sie einen gewerkschaftlichen Anspruch, den sie auch laut vertritt. Es ist ein Plus, dass sie nicht nur für eine Schulart kämpft, sondern aus allen Schularten Mitglieder hat. Das ist wichtig, weil die Schularten unterschiedliche Blickwinkel haben, wenn es um die Verteilung der Ressourcen geht. Die GEW ist eine starke Stimme.

Wo steht die GEW in der Hierarchie der bildungspolitischen Verbände?

Sie steht auf der Poleposition. Der Gesamtanspruch, Lehrkräfte und Bildungspolitik im Auge zu haben, wirkt sich auf die politische Deutungshoheit aus. Der Philologen-, der Realschullehrer- oder der Gemeinschaftsschulverband sind auf ihre Schulart fokussiert. Bei der GEW ist die Gesamtverantwortung hoch angesiedelt.

bildung & wissenschaft 12/2023

Wie groß ist der Einfluss der GEW? Wackeln im Kultusministerium die Bilder an der Wand, wenn die GEW auf den Tisch haut?

Nein. Die Wunschzettel sind überall lang, es ist viel zu tun und Bildungspolitik kostet immer viel Geld. Wir sind stolz und froh, dass jeder vierte Euro aus dem Landeshaushalt in Baden-Württemberg in den Bildungssektor geht. Die Forderungen der GEW sind für uns immer ein Stück weit auch Kompass.

Ist die GEW in den

Etatverhandlungen eine Unterstützung für Sie?

Dass wir die Durchzahlung der Sommerferien bekommen haben, ist auch ein Erfolg der GEW. Das war seit 15 Jahren ein Thema. Diesen Erfolg konnten wir jetzt gemeinsam feiern.

Das ist ein klassisches Thema für eine Gewerkschaft. Erfüllt die GEW ihren Anspruch, mehr als eine Interessensvertretung der Beschäftigten zu sein – nämlich eine Bildungsgewerkschaft?

Natürlich hat die GEW – wie auch die anderen Verbände – die Qualität des Bildungssystems im Blick. Sie ist eine starke Stimme beim Thema Bildungsgerechtigkeit. Dass wir die sozialindexbasierte Ressourcensteuerung für Grundschulen schrittweise einführen, dass wir Gelder gezielt an Schulen geben, wo wir die größten Bedarfe haben und auch mehr Personal und multiprofessionelle Teams brauchen, das ist ein

"Die Forderungen der GEW sind für uns immer ein Stück weit auch Kompass." Punkt, der auch bei der GEW schon lange auf dem Zettel steht. Bildungsgerechtigkeit ist ein Grundsatz, der bei der GEW mit zur DNA gehört. Die GEW nimmt nicht hin, dass über die Bildungsbiografie entscheidet, wo man zufällig

hineingeboren ist. Da sind wir uns einig. Den Kindern über den schulischen Bereich die Ressourcen mitzugeben, die sie zuhause nicht bekommen, ist eine gewaltige Aufgabe. Das geht nicht von Montag auf Dienstag. Da haben wir mit der GEW eine starke Stimme an unserer Seite.

Tut sich eine grüne Kultusministerin leichter mit der eher zur SPD und den Grünen tendierenden GEW oder ist das ein Handicap?

Da wird zu viel rein interpretiert. Bei Andi Stoch (dem SPD-Kultusminister) war man sich sicher, die GEW sei auf seiner Seite, da habe man Ruhe. Habe man schwarze Kultusminister, sei die GEW mehr auf Krawall gebürstet und der Philologenverband angeblich sanft wie ein Vorlegeteppich. Dann war man gespannt, ob ich als Grüne nun alle gegen mich habe. Per se gibt es aber keinen Kredit je nach parteipolitischer Ecke. Ich habe mich sehr bemüht, mit allen Lehrerverbänden ein gutes Gesprächsklima zu bekommen. Bei der letzten Versammlung der GEW hatte ich den Eindruck, dass sie es schätzen, dass ich keiner Frage aus dem Weg gehe und eine sehr offene Einschätzung darüber gebe, was geht und was nicht. Ich habe mich sehr gut mit Doro Moritz verstanden und die neue Vorsitzende Monika Stein schätze ich genauso sehr, weil sie mit großem Herzblut für die Lehrkräfte kämpft.

Öffentliche Versammlungen sind das eine, wie läuft es hinter den Kulissen?

Monika Stein und ich treffen uns regelmäßig. Auch mit Mitgliedern des erweiterten Vorstands führe ich Gespräche. Wenn die GEW anfragt, dann ermöglichen wir das, so gut es geht, wie bei anderen Verbänden auch. Die GEW kann sich also nicht beklagen, dass sie keine Zugänge hätte. Und wenn was ist, schreibt man sich eine SMS.

Der Lehrermangel ist das alles überlagernde Thema. Finden Sie die GEW da hilfreich?

Wir haben natürlich unterschiedliche Standpunkte. Wir im Ministerium glauben zum Beispiel nicht, dass die Altersermäßigung, die die GEW gerne möchte, der Schlüssel zum Erfolg ist. Bei anderen Punkten sind wir uns näher. Die GEW wie die anderen Bildungsverbände sind sehr darauf bedacht, dass die Qualität des Lehrerberufs hochgehalten wird. Ich kann das sehr gut nachvollziehen. Zugleich kann ich aber bei dem momentanen Lehrermangel nicht warten, bis wir lauter ausgebildete Zweifachlehrer haben. Auch die GEW weiß, dass wir Kompromisse machen müssen, indem wir Seiteneinstiege und Direkteinstiege ermöglichen. Sie geht da grundsätzlich auch mit und sieht, dass wir pragmatische Lösungen suchen.

Wo erwarten Sie, dass die GEW einlenkt?

Das Ansehen des Berufs hat in der Öffentlichkeit einige Schrammen abgekriegt, da müssen wir vorsichtiger sein. Es stimmt ja, die Erziehungspartnerschaft in den Schulen hat sich geändert, die Eltern haben deutlich mehr Mitsprache. Die Arbeit ist schwieriger geworden, ich nenne nur die Heterogenität als Stichwort. Für den Lehrerberuf muss deshalb neu geworben werden mit Argumenten, die über die fraglosen Vorzüge – sicherer Arbeitsplatz, Beamtenstatus – hinausgehen. Wir müssen deutlich machen, dass das ein Beruf ist, der Kinder auf dem Weg ins Erwachsenenleben begleitet, der ihnen die Tür zum Wissen aufstößt, um sie zu mündigen Demokratinnen und Demokraten, zu Persönlichkeiten zu machen. Das ist eine sehr erfüllende Arbeit. Dieses Feeling, die Sinnhaftigkeit, die der Beruf bieten kann, müssen wir wieder mehr nach vorne stellen. Ich will die Argumente zur Überlastung gar nicht abtun. Wir müssen aber Obacht geben, dass nicht der Eindruck überhandnimmt, dass Lehrerinnen und Lehrer erst mal geteert und gefedert werden, ehe sie morgens in die Klasse gehen.

Ist eine Gewerkschaft nicht dafür da, die Bedingungen für ihre Mitglieder zu verbessern?

Natürlich. Ich verstehe auch, dass Beamten gewisse Mittel anderer Gewerkschaften nicht zur Verfügung stehen; der Streik als Beispiel. Dann entsteht der Eindruck, es gibt nur noch den einen Weg über die Medien, um sich Gehör zu verschaffen. Im Bildungsbereich ist die Auseinandersetzung deshalb oft besonders laut und zum Teil stark im Schwarz-Weiß-Modus. Wir müssen aber aufpassen, dass das Bild dieses wundervollen Lehrerberufs nicht verrutscht. Ich will nicht sagen, dass es die GEW ist, die diese Tonlage zuspitzt, aber die positiven Seiten des Lehrerberufs kommen in der Auseinandersetzung stets ganz weit unten. Das hilft am Ende aber niemandem.

Macht es einen Unterschied, dass Lehrkräfte Beamte sind und dass der Staat kein Wirtschaftsunternehmen ist?

Wir haben zwar die Prioritätensetzung im Haushalt für den Bildungsbereich. Aber wir werden nie alle Forderungen der Lehrerverbände befriedigen können. Als wir die Durchzahlung der Lehrkräfte während der Sommerferien beschlossen hatten, war die Tinte noch nicht trocken, da kam die Forderung nach der Durchzahlung der Referendare.

Meine Prioritäten für den nächsten Haushalt sind aber: Wie kann ich den Übergang Kita – Schule stärken? Wie kann ich die



40 Prozent der Kinder, die die Regelstandards nicht erreichen, mit weiteren Maßnahmen fördern? Wir müssen vermeiden, dass wir einen großen Anteil von funktionalen Analphabeten bekommen, die nicht die Fachkräfte werden können, die wir brauchen.

Hat sich die GEW schon als Bremser erwiesen?

Nein. Sie hat ein offenes Ohr für Innovationen. Bei der Gründung der Gemeinschaftsschulen war sie ein Treiber, die Abschaffung der Grundschulempfehlung hat sie unterstützt. Bei den Umwälzungen, die Grün- Rot in Baden-Württemberg im Bildungssektor angestoßen hat, war die GEW eng an der Seite des Kultusministeriums.

Was würde Ihnen fehlen, wenn es keine GEW gäbe?

Gute Gespräche mit Monika Stein. Die GEW ist unbestritten ein wichtiger Partner in der Bildungslandschaft und in der Lehrervertretung.

Das Gespräch führte Renate Allgöwer

"Für den Lehrerberuf muss neu geworben werden – dieses Feeling, die Sinnhaftigkeit, die der Beruf bieten kann, müssen wir wieder mehr nach vorne stellen."

Theresa Schopper

bildung & wissenschaft 12/2023

Das GEW-Jahrbuch 2024.

Die aktuellen Rechtsgrundlagen für Lehrkräfte stets zur Hand.



Goerlich/Rux GEW-Jahrbuch 2024

Für Lehrkräfte 43. vollständig aktualisierte Auflage

- Standardausgabe -

2024, ca. 1064 Seiten, 27 € (GEW-Mitglieder 15 €)
ISBN 978-3-944970-38-7
Print + E-Book 39 € (GEW-Mitglieder 23 €)

- Sonderausgabe für Berufliche Schulen -

2024, ca. 1400 Seiten, 27 € (GEW-Mitglieder 15 €) ISBN 978-3-944970-39-4 Print + E-Book 39 € (GEW-Mitglieder 23 €)

jeweils auch als E-Book 18 € (GEW-Mitglieder 10 €)

Erscheint am 8. Januar 2024

Das GEW-Jahrbuch beantwortet alle Fragen zum Schul- und Dienstrecht in Baden-Württemberg zuverlässig und praxisnah.

Die fundierten Kommentierungen genießen daher bei Lehrer*innen und Schulleitungen, in der Schulverwaltung und auch in der Anwaltschaft hohes Ansehen.

Die 43., **komplett überarbeitete Auflage 2024** enthält

- Schul-, Verwaltungs- und Dienstrecht in Baden-Württemberg auf neuestem Rechtsstand mit zahlreichen nützlichen Kommentierungen erfahrener Expert*innen
- praktisches Schlagwortregister für das schnelle Auffinden
- einen ausführlichen Adressenteil der GEW Baden-Württemberg sowie der Personalvertretung für weitere Informationen und Beratung
- Print-Version und/oder E-Book
- mehrere Updates jährlich exklusiv für GEW-Mitglieder.

Fazit: Das GEW-Jahrbuch ist der **unentbehrliche Begleiter** aller Lehrkräfte an den Schulen in Baden-Württemberg.

Die **Standardausgabe** für die allgemeinbildenden Schulen enthält auch grundlegende Informationen über das berufliche Schulwesen.

In der **Sonderausgabe Berufliche Schulen** werden die differenzierten Themen des beruflichen Schulwesens ausführlich dargestellt.

Jetzt das GEW-Jahrbuch 2024 beim Süddeutschen Pädagogischen Verlag vorbestellen:

Bestellservice@spv-s.de

Entdecken Sie weitere Publikationen und nützliche Arbeitshilfen in unserem Shop: **spv-s.de**





GEW-Personalräte stellen sich vor

Im April 2024 starten die Personalratswahlen. Zuerst wird an Gymnasien gewählt. Bis dahin fragen wir GEW-Personalräte aus allen Schularten, was sie auszeichnet.

Personalratswahlen 2024



Lehrer am Windeck-Gymnasium in Bühl und seit 7 Jahren BPR in Karlsruhe

Welche Themen treiben dich als Personalrat zurzeit am meisten um?

Versetzungen und Abordnungen betreffen aktuell einen großen Teil meiner Personalratsarbeit. Eben habe ich im Zuge der GEW-Hotline zwei Stunden lang zu STEWI beraten. 15 Mitglieder hatte ich am Telefon. Es kommt vor, dass Kolleg*innen 5 Anträge in Folge auf Versetzungen stellen, weil keine Stellen vorhanden sind. Die sind dann sehr verzweifelt.

Was rätst du dann?

Es gibt keinen Automatismus, der helfen kann. Ich kann nur die Dringlichkeit des Antrags verdeutlichen und den Kolleg*innen raten, ihren Radius zu vergrößern. Wer sich nur an eine bestimmte Schule versetzen lassen möchte und eine häufige Fächerkombination unterrichtet, hat es schwer.

Im April 2024 starten die Personalratswahlen. Wissen deine Kolleg*innen, dass die Wahl auch wichtig für sie ist?

Zum Teil. Auf Personalversammlung und in Beratungen erkläre ich, dass wir unsere Arbeit nur machen können, wenn sie uns wählen.

Was haben die Kolleg*innen davon, wenn sie Personalräte der GEW wählen?

Mit der großen GEW im Rücken sind wir gut informiert. Der große Apparat der GEW stärkt uns. Und die GEW ist eine Bildungsgewerkschaft, die alle Bildungseinrichtungen vertritt; das ist mir sehr wichtig. Ich z. B. arbeite am Gymnasium. Das Interesse der Gymnasien ist auch, dass beispielsweise Grundschulen gute Bedingungen vorfinden. Nur so

können wir alle gut arbeiten. Nur wenn alle Zahnräder im System gut ineinandergreifen, gibt es überall gute Schulen.

Was zeichnet dich als Personalrat aus? Warum sollen Lehrkräfte dich wählen?

Ich kann gut nachvollziehen, welche Probleme Kolleg*innen umtreiben. Inzwischen kann ich aus jahrelanger Erfahrung schöpfen und sorge dafür, dass ich mit Fortbildungen am Ball bleibe. So kann ich fundiert beraten. Neben dem BPR bin ich auch ÖPR und VL unserer Schule und damit gut verankert. Wir arbeiten mit unserer Schulleitung sehr vertrauensvoll zusammen und haben daher ein gutes Miteinander an der Schule. Ich fühle mich dort sehr wohl.

Was reizt dich an der Personalratsarbeit?

Es ist ein gutes Gefühl, für Kolleg*innen in schwierigen Zeiten da
sein zu können. Dass sie jemanden
haben, der zuhört und bei dem sie
Frust abladen können. Nicht zuletzt
gefällt mir, dass ich mit dem Außenblick und den Infos aus dem BPR
das Schulleben mitgestalten und
helfen kann, Abläufe im Sinne aller
zu verbessern.



BERATUNGSLEHRKRÄFTE

Steigende Probleme, abnehmende Ressourcen

Jährlich bewerben sich bis zu 300 Lehrer*innen für die Ausbildung zur Beratungslehrkraft, aber nur 100 erhalten einen Platz. Daniel Wunsch und Manfred Nowack, beide aus beruflichen Schulen, und Ricarda Kaiser, Vorstandsmitglied im Hauptpersonalrat der GHWRGS, berichten über ihre Aufgaben. Ihrer Erfahrung nach müsste das Beratungsangebot ausgebaut werden.

Daniel Wunsch und Manfred Nowack sind seit über 10 Jahren Beratungslehrer. Bei der Frage nach ihren Aufgaben sprudelt es förmlich. "Zum einen sind wir für den Nachteilsausgleich zuständig. Zum anderen beraten wir Schüler*innen, wenn sie Lernprobleme, Konzentrations- oder Motivationsschwierigkeiten sowie Fragen zur weiteren Schul- oder Berufslaufbahn haben", erklärt Wunsch von der Louis-Lepoix-Schule in Baden-Baden, einer gewerblichen beruflichen Schule. Nach der Corona-Pandemie haben er und sein Kollege Nowack zudem vermehrt mit Angstthemen zu tun. "Präsentations- und Prüfungsängste, Schulangst und Angst vor Gruppenarbeiten haben stark zugenommen", berichtet Nowack, der an der Gewerbeschule Breisach arbeitet und wie Wunsch als Personalrat tätig ist.

"Nach der Corona-Pandemie haben Präsentationsund Prüfungsängste, Schulangst und Angst vor Gruppenarbeiten stark zugenommen."

Manfred Nowack

Das Beratungsangebot richtet sich an alle Schüler*innen und ist freiwillig. Da Beratungslehrer*innen der Schweigepflicht unterliegen, brauchen sie die Erlaubnis der Betroffenen, um Dritte mit ins Boot zu holen. Erst dann dürfen sie Gespräche mit Eltern, Lehrer*innen, Ausbildungsbetrieben und Schulpsychologen*innen führen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Bei minderjährigen Schüler*innen müssen

die Eltern spätestens nach dem Erstgespräch ihre Einwilligung für eine weitere Beratung erteilen. Da Wunsch und Nowack sich ihre Beratungsräume mit den Schulsozialarbeiter*innen und den Inklusionslehrer*innen teilen, nutzen sie die Gelegenheit, sich bei Bedarf mit ihnen auszutauschen und über ihre Fälle zu sprechen. "Das ist hilfreich, wenn ich nicht weiterkomme. Namen nennen wir dabei nicht", bekräftigt Nowack.

Eigener Beratungsraum nicht selbstverständlich

In der Regel sind die Rahmenbedingungen für Beratungslehrkräfte an beruflichen Schulen und Gymnasien gut. Ein eigener Raum, abschließbare Schränke und ein Telefon stehen zur Verfügung. Ganz anders sieht es für Beratungs-

lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Realsowie an Gemeinschaftsschulen aus. Ricarda Kaiser weiß das nur allzu gut. Sie hat 10 Jahre als Beratungslehrerin an GHWRGS gearbeitet und ist jetzt im Hauptpersonalrat GHWRGS für Beratungslehrkräfte zuständig. Kaiser machte die Erfahrung, dass

Schulleiter*innen oftmals kein Verständnis und keinen Kopf dafür haben, wie wichtig die passenden Rahmenbedingungen für eine professionelle Beratung sind. "Schulen sind oft bemüht, haben aber ganz andere Probleme. Sie versuchen deswegen, pragmatische Lösungen zu finden", erläutert Kaiser. Trotzdem muss eine anonyme Beratung möglich sein. "Ich kann mich nicht in eine Ecke im Flur quetschen, um mit

dem Schüler oder der Schülerin zu sprechen", betont sie.

Das ist nicht die einzige Schwierigkeit, mit der Beratungslehrer*innen an GHWRG zu tun haben. Da der Schlüssel bei 750 Schüler*innen liegt, sind sie je nach Schulgröße für 3 oder 4 Schulen verantwortlich. "Viele Kolleg*innen müssen auch aufgrund von zu wenigen Beratungskräften mehrere Schulen betreuen", weiß Wunsch. So sind sie nicht wie Wunsch und Nowack vor Ort und haben somit nur bedingt die Möglichkeit, einen so engen Kontakt zu den Kolleg*innen, den Eltern und zur Schulleitung aufzubauen. In der Regel gibt es für die Arbeit als Beratungslehrkraft 4 Anrechnungsstunden. Nowack erhält aufgrund der hohen Schülerzahl von über 1200 5 Anrechnungsstunden. Die Fahrzeit wird nicht als Arbeitszeit vergütet.

Hilfe trotz hoher Auslastung

Auch die Aufgabenschwerpunkte unterscheiden sich je nach Schulart in manchen Bereichen. Wunsch und Nowack machen kaum Tests an beruflichen Schulen, wohingegen Beratungslehrer*innen an GHWRGS viel damit beschäftigt sind, zum Beispiel mit Schuleignungstests. "Da bleibt für Interventionen und Präventionsprogramme oftmals keine Zeit", weiß Kaiser aus Erfahrung. In der Realität sieht es allerdings so aus, dass sie sich trotzdem noch um andere Aufgaben kümmern, "Ich war Beratungslehrerin an einer Realschule in Mannheim. Als ich mich dort vorstellte, wurde ich gleich gefragt, ob ich nicht in einer 8. Klasse einen Tag Suchtprävention machen könne. Eigentlich hätte ich, wie ich es in der Ausbildung gelernt hatte, Nein sagen und die Anfrage delegieren müssen", erinnert sich Kaiser. Hat sie aber nicht. Das beobachtet sie bei vielen Beratungslehrer*innen: Sie sehen den Bedarf oder die Not und helfen, auch wenn sie keine Kapazität mehr dafür haben. In den Richtlinien des Kultusministeriums aus dem Jahr 2000 ist geregelt, dass Beratungslehrer*innen nicht psychotherapeutisch arbeiten dürfen. "Dafür sind wir nicht ausgebildet. Wenn wir an unsere Grenzen stoßen, wenden wir uns an die Schulpsycholog*innen", versichert Wunsch.



"Die Probleme an den Schulen nehmen zu, aber die Ressourcen werden gekürzt und Beratungslehrer*innen, die in Pension gehen, nicht ersetzt."

Daniel Wunsch Mobbing kann so ein Grenzfall sein. "Im

Anfangsstadium reicht es manchmal schon, wenn ich eine klare Ansage in der Klasse mache", berichtet Wunsch. Auch ein doppelstündiger Präventionsunterricht, zum Beispiel von der Polizei, vom Johanniswerk oder den Maltesern, habe in manchen Fällen schon geholfen, ohne die betroffenen Schüler*innen direkt anzusprechen. Merken Wunsch und Nowack, dass das Mobbing zu weit fortgeschritten ist, übergeben sie den Fall an die Schulpsycholog*innen. "Das Problem ist, dass die total überlastet und die Wartezeiten lang sind", bekräftigt Nowack. Auch in anderen Fällen greifen sie auf ihr großes Netzwerk zu und vermitteln an Institutionen und Fachleute, wenn sie selbst nicht unterstützen können. So ruft Wunsch in einer akuten Situation beispielsweise in einer psychiatrischen Klinik an, um die Tür für einen/eine Schüler*in zu öffnen. Nowack berichtet, dass er einen Pfarrer als Seelsorger hinzuzieht. "Leider haben wir im Schnitt jedes Jahr mit einem Todesfall zu tun. Sei es ein Schüler, eine Schülerin, eine Lehrkraft oder Familienangehörige unserer Schüler*innen", erklärt er.

Beliebte Ausbildung

Jährlich bildet Baden-Württemberg 100 Beratungslehrer*innen aus. Die anderthalbjährige Ausbildung, die an den 6 Regionalstellen des Zentrums für

Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) stattfindet, ist beliebt: Jedes Jahr bewerben sich zwischen 200 und 300 Lehrer*innen. Voraussetzung ist, dass Bewerber*innen mindestens 3 Jahre im Schuldienst sind. Das Auswahlverfahren, das von Schulpsycholog*innen durchgeführt und von der Personalratsvertretung begleitet wird, besteht aus Einzelinterviews und einem Assessment Center, "Die Stelle ist für Lehrkräfte attraktiv, die zunächst nicht in die Schulleitung oder Schulverwaltung

> streben, aber gern mehr machen möchten", hebt Kaiser hervor. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass Ausbildung nicht nur die fachlichen Kompetenzen, sondern auch den persönlichen Horizont erweitert. "Es war für mich eine Chance. mich selbst weiterzuentwickeln und sicherer im

beruflichen Alltag zu werden. Eigentlich sollten alle Lehrkräfte diese Ausbildung durchlaufen", bekräftigt sie.

Die angehenden Beratungslehrer*innen lernen unter anderem, wie sie Tests anwenden und auswerten, Gespräche führen und Rückmeldungen geben, Interventions- und Präventionsmaßnahmen sowie den Nachteilsausgleich durchführen. Nach der Ausbildung stehen 5 bis 6 verpflichtende Termine auf dem Plan, an denen sich die Beratungslehrer*innen in festen Fallbesprechungsgruppen treffen, wir können auch helfen, und das ist etwas sehr Positives", ergänzt Wunsch.

Mehr Ressourcen nötig

Die beiden Lehrkräfte aus den beruflichen Schulen ebenso wie Kaiser sind der Meinung, dass dringend mehr Beratungslehrer*innen benötigt werden. "Die Probleme an den Schulen nehmen zu, aber die Ressourcen werden gekürzt und Beratungslehrer*innen, die in Pension gehen, nicht ersetzt", beklagt Wunsch. Es bleibt unabhängig vom Bedarf bei der Ausbildung von 100 Beratungslehrer*innen pro Jahr. "Nach dem Amoklauf in Winnenden hatte Baden-Württemberg das Ziel, dass an jeder Schule eine Beratungskraft beschäftigt sein sollte. Heute spricht niemand mehr davon", berichtet Kaiser. Im Gegenteil, es bestehe aktuell kein Interesse daran. die Ressourcen aufzustocken, weil diese Stunden dann im Unterricht fehlen würden. Hinzu komme, dass die schulpsychologischen Beratungsstellen keine Kapazitäten mehr haben, um noch mehr auszubilden.

> Andrea Toll freie Journalistin



"Schulen sind oft bemüht, haben aber ganz andere Probleme. Sie versuchen deswegen, pragmatische Lösungen zu finden."

Ricarda Kaiser

in denen unter anderem auch Supervisionen abgehalten werden. Fortbildungen in einzelnen Bereichen sind möglich. Nowack berichtet, dass er ein Seminar zum Thema Tod besucht hat, da er damit an seiner Schule immer wieder konfrontiert wird. "Wir bekommen einiges mit, was uns belastet. Deswegen ist es wichtig, resilient zu sein und ein stabiles privates Umfeld zu haben", erklärt Nowack. "Aber TAGUNG DER FACHLEHRKRÄFTE UND TECHNISCHEN LEHRKRÄFTE (FL / TL)

Anliegen treffen auf offene Ohren

Vier Parteien, eine Meinung. Das hat Seltenheitswert, war aber so auf der GEW-Fachtagung Mitte November in Stuttgart. Die Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräften hatten die bildungspolitischen Sprecher von Grünen, CDU, SPD und FDP aufs Podium gebeten, um Verbesserungen für ihren Berufsstand zu diskutieren. Alle waren sich einig, die Ungerechtigkeiten dürfen nicht so bleiben.



Ricarda Kaiser, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende (links), diskutiert mit den bildungspolitischen Sprechern von FDP, CDU, Grüne und SPD über bessere Arbeitsbedingungen für FL/TL.

Wenn von Fachlehrkräften (FL) die Rede ist, gibt es oft Missverständnisse. Viele wissen nicht, dass sie und die Technischen Lehrkräfte (TL) als relativ kleine Gruppe eine Sonderstellung in der Schullandschaft Baden-Württembergs einnehmen. Nur in Bayern gibt es etwas Ähnliches. Sie

"Fachlehrkräfte und technische Lehrkräfte haben eine bis zu 5 Stunden höhere Unterrichtsverpflichtung und verdienen bis zu 1.500 Euro monatlich weniger als wissenschaftlich ausgebildete Lehrkräfte."

Stefan Bechtold

Vorsitzende der GEW-Landespersonengruppe Fl und TL

haben eine 3-jährige Seminarausbildung mit 2 Fächern abgeschlossen und bereits eine andere Berufsausbildung in der Tasche. Ihnen fehlt lediglich ein grundständiges Lehramtsstudium. Viele FL arbeiten an SBBZ, aber auch in allen anderen Schularten. TL sind vorwiegend in beruflichen Schulen in den Werkstätten beschäftigt. Rund 8.000 FL/TL gibt es in Baden-Württemberg.

Der Vorsitzende der GEW-Landespersonengruppe FL/TL, Stefan Bechtold, beschrieb auf der Tagung das Grundproblem: "Ihre Arbeit unterscheidet sich immer weniger von der Tätigkeit wissenschaftlicher Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem haben Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte eine bis zu 5 Stunden höhere Unterrichtsverpflichtung und verdienen bis zu 1.500 Euro monatlich weniger als wissenschaftlich ausgebildete Lehrkräfte." Heute gehe es darum, Zusammenhänge anzuschauen, Schieflagen deutlich zu machen und konstruktive Verbesserungsvorschläge vorzuschlagen.

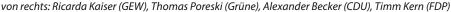
Was die Politiker sagen

otos: Marco Stritzinge

Gefragt sind vor allem die bildungspolitischen Sprecher. Die Landespersonengruppe spricht seit Jahren mit ihnen. Die Politiker kennen daher schon viele Probleme, und sie sind sich tatsächlich einig: Es gibt großen Verbesserungsbedarf und Ungerechtigkeiten. Im Detail Der Grünen-Politiker Thomas Poreski ärgert sich als Vertreter der Regierungspartei, dass der Eindruck entstehe, die Regierung würde Geld rumliegen lassen. "Wir sind nicht blöd", entrüstet er sich. Das Geld sei zweckgebunden und nicht frei verfügbar. "Das ändert aber nichts an der Berechtigung der Forderungen", fügt

und Inhalte und Organisationsformen in vielen Teilen den Lehramtsstudiengängen entsprechen, fordern sie zwei Beförderungsämter nach A11/E10 und A12/E11. Und kürzere Beförderungszeiten. Eine Umfrage im Saal ergibt: Knapp die Hälfte aller Anwesenden wartet zwischen 5 und 10 Jahre auf eine Beförderung.







Stefan Bechtold, Vorsitzender der GEW-Personengruppe FL/TL

liegen die Positionen dann doch auseinander. Vor allem, wenn es ums Geld geht. Stefan Fulst-Blei ist der Ansicht, dass die Landesregierung unnütz Geld auf der hohen Kante liegen lässt. 8 Milliarden Euro würden für Risikozwecke zurückgehalten. "Welches Risiko soll es noch geben?" fragt der SPD-Mann Fulst-Blei. Gemeint ist der hohe Lehrkräftemangel, der allen Schulen schwer zu schaffen macht, besonders aber den SBBZ, wo viele FL beschäftigt sind. "An den SBBZ brennt es wirklich. Bei Kindern mit Beeinträchtigung ist das Recht auf Beschulung nicht mehr überall gewährleistet. Das ist ein Skandal für so ein reiches Land wie Baden-Württemberg", empört sich der SPD-Politiker. Timm Kern von der FPD findet es zwar schwierig, "an der Deputatsschraube der FL/TL zu drehen", alle anderen Forderungen der Lehrkräfte müssten sofort umgesetzt werden.

er hinzu. "Verbesserungen können nur in den Haushaltsverhandlungen durchgesetzt werden. Dort gibt es Konkurrenz zu anderen Ressorts. Es hilft uns, wenn ihr Druck macht." Es müsse eine systematische Annäherung zwischen wissenschaftlich ausgebildeten Lehrkräften und Fach- und Technischen Lehrkräften geben, schlägt er vor. Alexander Becker von der CDU will sich ebenfalls für die Lehrkräfte einsetzten: "Die FL/TL sind ein Gewinn. Sie bringen andere Berufsfelder und Lebenserfahrungen mit. Das tut den Schulen gut."

Moderate Forderungen

Um welche Schieflagen der FL/TL geht es ganz konkret? Rund 120 dieser Lehrkräfte sitzen im Saal. Sie sind weit davon entfernt, Gehälter zu erwarten, wie sie die wissenschaftlichen Lehrkräfte bekommen. Da sich aber die Ausbildung an den Fachseminaren auf 3 Jahre verlängert hat

Bisherige Erfolge

Die Eingangsgehälter wurden bereits angehoben. Seit Dezember 2022 steigen Fachlehrkräfte in A10/E9b, die Technischen Lehrkräfte in A11/E10 ein. Diese Verbesserung und zusätzliche Beförderungs- und Funktionsstellen sind der hartnäckigen Arbeit der GEW-Personengruppe zu verdanken. Sie setzen sich seit Jahren dafür ein und können nun erste Erfolge verbuchen. Doch es bleibt noch viel zu tun.

Trotz Ausbilduna sinkt das Gehalt

Dass die Gehälter nicht mehr ins Gesamtsystem der Bildungseinrichtungen passen, zeigt das Beispiel von Martina Grau (Name geändert). Sie hat als Erzieherin die dreijährige Ausbildung am Seminar abgeschlossen. Während der Ausbildung bezog sie ein niedriges Anwärtergehalt und hat nebenher in einer Metzgerei

gejobbt. Inzwischen ist sie 42 Jahre alt und damit für eine Verbeamtung zu alt geworden. Als Erzieherin war sie in S8a Stufe 4 eingestuft, jetzt ist sie als Tarifbeschäftigte in E9b Stufe 1. Ihre Vorerfahrungen werden nicht anerkannt, deshalb nur Stufe 1. So verdient sie nun 427,97 Euro brutto weniger, als wenn sie als Erzieherin arbeiten würde. Wenn sie mit A10 verbeamtet würde, wären es 109 Euro weniger. Dann hätte sie aber andere Vorteile, wie eine 100-prozentige Lohnfortzahlung und bessere Pensionszahlungen. "Für mich wäre gerecht, wenn ich A10, Stufe 4 bekäme", führt sie aus. In ihren alten Beruf möchte sie trotzdem Becker sagt: "Dass die Tarifbeschäftigten nicht wie die Beamt*innen eine stufengleiche Anpassung erhalten, ist eine große Ungerechtigkeit. Das kann nicht sein." Ricarda Kaiser, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, die die Podiumsdiskussion moderiert, empfiehlt ihren Gesprächspartnern: "Nicht so lange zögern, Verbeamtung klären."

Auch wenn es beim akuten Lehrkräftemangel wenig opportun ist, über Deputatskürzungen der FL/TL zu sprechen, erspart Kaiser den bildungspolitischen Sprechern das Thema nicht: "Wenn der Beruf attraktiv sein soll und wir den Bildungsanspruch ernst nehmen, gehört auch dazu, dass wir über Deputatskürzungen reden". "Die Senkung würde eine Lücke aufreißen", ist Fulst-Blei klar, "wir müssten aber einen Plan vorlegen, wie es in Zukunft gehen soll. Sonst bleiben die Lehrkräfte nicht im System". "Jedes Jahr eine Stunde weniger, dann wäre es nicht so schwer", schlägt Angelika Kistner vor. Die ehemalige Vorsitzende der Landespersonengruppe hat auch einige Fragen mitgebracht. Dabei ging es beispielsweise um die derzeitigen 30 Plätze im Aufstiegslehrgang für Fachlehrkräfte. Die Zulassungsvoraussetzungen seien zu hoch. Eine Abfrage der Lehrkräfte im Saal ergab, 63 Prozent aller Anwesenden würden die Voraussetzungen nicht erfüllen. Dazu gehören beispielweise mindestens 12 Jahre Unterrichtspraxis, und die dienstliche Beurteilung muss mindestens sehr gut bis gut sein. So komme es vor, erläutert Kistner, dass sogar Fachlehrkräfte in den Ausbildungseinrichtungen keine Aufstiegschancen hätten. "Wie kann das sein?"

Fragen wie diese lassen sich auf einer Tagung nicht klären. Vieles nehmen die Politiker als Aufgabe mit. Wobei Kistner den Podiumsgästen mit auf den Weg gab: "Nicht nur mitnehmen, auch durchsetzen".

Maria Jeggle b&w-Redakteurin



Ricarda Kaiser (GEW) auf dem Podium mit (von links) Timm Kern (FDP), Alexander Becker (CDU), Thomas Poreski (Grüne) und Stefan Fulst-Blei (SPD)

nicht zurück. "In Kitas sind die Arbeitsbedingungen schlechter als im SBBZ", sagt sie. Eine 39-Stunden-Woche ohne Anerkennung von Vor- und Nachbereitung gebe es nicht nur an einer bestimmten Kita, die gebe es überall, erklärt sie. Drei Kolleginnen, die mit ihr die Ausbildung als Fachlehrkraft abgeschlossen haben, älter sind und davor Schichtzulagen bekommen hätten, würden wieder in ihren alten Beruf zurückkehren. Für sie wäre der Gehaltsunterschied noch größer. "Da hat das Land auch Geld für die Ausbildung in Sand gesetzt", gibt Martina Grau zu bedenken.

Das Beispiel erstaunt dann doch. Auch die Politiker sind überrascht. Der "Unterschiedsbetrag war mir nicht klar. Das zeigt den Druck auf", stellt Fulst-Blei fest.

PRÄVENTIONSFELD KINDERPORNOGRAFIE

Aufgabe der Schulleitung: Kollegium beraten

Eine 13-jährige Schülerin schickt ein intimes Video von sich ihrem Freund, das dieser weiterverbreitet. Eine Lehrkraft der Schule erfährt davon und lässt sich das Video auf ihr Handy schicken, um die Mutter zu informieren. Nun droht der Lehrkraft eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr.

Der Fall in Koblenz zeigt deutlich, dass es wichtig ist, dass Schulleitungen über den Umgang mit kinderpornografischen Inhalten informiert sind und das Kollegium bei diesem sensiblen Thema beraten und unterstützen können.

Wie sieht die rechtliche Grundlage aus

Das Strafgesetzbuch enthält Straftatbestände, die die Verbreitung bestimmter Inhalte jedermann untersagen, beispielsweise Verbreiten von Propagandamitteln oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§§ 86, 86a StGB), Billigen von oder das Aufrufen zu Straftaten (§ 130a StGB), Anleitung zu Straftaten (§§111, 140 StGB) Gewaltdarstellungen (§131 StGB), Gewalt-, Tier- und Kinderpornografie (§§ 184a und 184b StGB). Beamtinnen und Beamte begehen außerdem ein Dienstvergehen, wenn sie schuldhaft die ihnen obliegenden Pflichten verletzen. Auch ein Verhalten außerhalb des Dienstes ist ein Dienstvergehen, wenn es nach den Umständen des Einzelfalles in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für das Amt oder das Ansehen des Beamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen. Die Folgen eines strafrechtlich relevanten Fehlverhaltens werden von den Betroffenen vielfach unterschätzt: So führten z.B. die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr, auch bei Bewährung, wegen einer vorsätzlichen Tat automatisch (!) zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis (Beamtenstatusgesetz § 24). Gegebenenfalls kann bereits der Besitz (nicht erst die Herstellung oder Weitergabe) von kinderpornografischem Material dazu führen.

An dieser Gesetzeslage wird deutlich sichtbar, dass es unabwendbare strafrechtliche und dienstrechtliche Konsequenzen für die betroffene Lehrkraft hat, auch wenn sie "nur" helfen wollte. Die Strafverfolgungsbehörde hat an dieser Stelle keine andere Möglichkeit, als das geltende Gesetz umzusetzen.

Was tun in konkreten Fällen?

Wichtig ist vorab, hilfreiche Informationen bei der polizeilichen Kriminalprävention zu holen. Hier gibt es speziell zum Thema Kinderpornografie Informationen unter www.polizei-beratung. de (Suchen mit: "FAQ zur Verbreitung von Kinder- und Jugendpornografie") Schulleitungen sollten sich zu diesem Thema informieren und im Rahmen einer GLK oder Dienstbesprechung auf die möglichen Konsequenzen hinweisen. Ebenso ist es ratsam, dem Kollegium darzustellen, dass bei solchen Delikten immer die Schulleitung informiert werden muss. Möglich ist auch, dass sich ein Kollegium im Rahmen der Präventionsarbeit durch die Polizei schulen lässt. Bei Verdacht von kinder- und jugendpornografischen Delikten ist es immer notwendig, mit der Polizei in Kontakt zu treten. Dies sollte frühzeitig geschehen, da diese für die weitere Vorgehensweise geschult ist. Wichtig ist auch, dass Eltern bzw. volljährige Schüler*innen selbst Anzeige bei der Polizei erstatten. Dies kann auch gegen Unbekannt erfolgen. Die Straftatbestände gelten auch für Schüler*innen.

> Ruth Zacher Verena Könia

GEW LÄDT EIN

SEMINAR

Sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen Schule als Ort der Hilfe und Intervention

Samstag, 20. Januar 2024 10:30 – 16:30 Uhr in Tübingen

Andrea Wagner (GEW) bietet einen Überblick über die schulrechtlichen Regelungen zum Kinderschutz. Petra Sartingen, Leiterin der Beratungsstelle Aufwind bei tima e.V., informiert über Ausmaß sexualisierter Gewalt an und unter Kindern und Jugendlichen, beleuchtet Täter*innenstrategien und gibt Hinweise zur Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen. Claudia Kanz von der Fachberatungsstelle Feuervogel e.V. betrachtet sexualisierte Gewalt als eines von vielen Kinderschutzthemen, bei denen Schule die Aufgabe und Pflicht zum Handeln hat.





Wichtige Informationen:

- · www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/sexualdelikte/kinderpornografie/
- www.polizeifuerdich.de/
- www.polizei-beratung.de/
- praevention.kultus-bw.de/,Lde/Startseite/stark staerker_WIR_

KITA-KRISE

Warum wir jetzt eine Wende in der frühkindlichen Bildung brauchen

In der Presse geben deutsche Kitas seit einiger Zeit Anlass für Schreckensmeldungen: Fachkräftemangel, fehlende Plätze, Qualitätsverlust, frustrierte Erzieher*innen und verzweifelte Eltern. Nie war die frühkindliche Bildung in einer so katastrophalen Lage wie heute. Und diese Krise war abzusehen: Seit Jahren vernachlässigt die Politik die Bildung der Kleinsten

Es ist eingetreten, wovor Expert*innen seit langem warnen: Das deutsche Kitasystem steht kurz vor dem Kollaps. Schon jetzt sind pädagogische Fachkräfte vielerorts kaum noch in der Lage, eine Betreuung zum Wohle der Kinder zu gewährleisten. Dabei ist – wie wir aus vielen Studien wissen – gerade die frühe Bildung für den weiteren Entwicklungsweg von Kindern und jungen Menschen so entscheidend. Dem Land der Dichter, Denker und Erfinder gelingt es nicht, als Bildungsstandort zukunftsfähig zu sein – zum Schaden der Kinder und von uns allen.

Die Gründe für die Misere des Elementarbereichs sind vielfältig und haben verschiedene Ursprünge. Fest steht: Die Bemühungen der Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte waren halbherzig und wirkungslos. Die nötigen Weichenstellungen und Investitionen, um die frühkindliche Bildung zu reformieren – auch im europäischen Vergleich – blieben aus. Als Ursachen der Misere lassen sich einige spezifisch deutsche Problemlagen ausmachen:

KITA-AUSBAU

OHNE QUALITÄTSSICHERUNG: Mit der Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung im Jahr 2013 hatte sich das deutsche Bildungssystem ein sportliches Ziel gesetzt. Es kam zu einem raschen Ausbau an Kitaplätzen, wobei heute eigentlich ein Rechtsbruch - immer noch insgesamt 400.000 Betreuungsplätze in Deutschland fehlen. Auf der Strecke geblieben ist die gleichzeitige Sicherung eines Qualitätsanspruchs in der frühkindlichen Bildung. Der aktuelle Fachkräftemangel führt so dazu, dass Kinder in manchen Einrichtungen nur noch "verwahrt" werden können und die Erzieher*innen ihrem Bildungsauftrag und ihren pädagogischen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden können.

PERSONALSCHWUND IM DEUTSCHEN BILDUNGSSYSTEM: Der

Personalmangel in deutschen Kitas verschärft sich seit Jahren und hat durch die Pandemie einen weiteren Schub erfahren. Schon heute können viele Kitas ihre Öffnungszeiten nicht mehr gewährleisten, Tendenz steigend. Der Kita-Ausbau verursachte einen höheren Personalbedarf bei gleichzeitiger Tendenz zur Verrentung und nicht steigender Attraktivität des Berufsfelds. Im Gegenteil: Nach wie vor ist der Beruf Erzieher*in gesellschaftlich wenig angesehen, Lohn und Aufstiegsmöglichkeiten sind gering bei erheblicher Arbeitsbelastung. Die Politik hat hier - übrigens ebenso wie bei den Schulen - versäumt, rechtzeitig die Weichen zu stellen.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN

DER LETZTEN JAHRE: Mit dem Fach-kräftemangel einher gehen seit einigen Jahren Herausforderungen, welche die Einrichtungen vor weitere Aufgaben stellten: Migrations- und Flüchtlingsfamilien brauchen eine besondere Unterstützung, die Kinderarmut nimmt zu, Brennpunkt-Kitas sind auf sich gestellt und die Chancenungleichheit verschärft sich – alles Prozesse, die in einem angeschlagenen System schwer auszugleichen sind. Hier werden Fachkräfte schlicht alleingelassen, und die Gesellschaft versäumt es, sich um die Schwächsten zu kümmern.

BÜROKRATISCHE HÜRDEN UND DIE TÜCKEN DES FÖDERALISMUS: Das

Land steht sich beim Kita-Ausbau selbst im Weg. Viel zu oft verschleppen bürokratische Hürden den Bau von Kindertagesstätten, so dass es manchmal Jahre dauert, bis ein Projekt überhaupt erst genehmigt, geschweige denn abgeschlossen wird. Weitere Problemlagen ergeben sich durch den deutschen Föderalismus: Weil Bildung Ländersache ist, fehlen einheitliche Standards, und Willkür, Zuständigkeitswirrwar und mangelnde Verantwortlichkeiten sind die Folge.

FEHLENTWICKLUNGEN SEIT

DER WIEDERVEREINIGUNG: Deutschland musste nach der deutschen Einheit zwei Systeme vereinen, die hinsichtlich der Betreuungsstruktur und der Mentalitäten und des Familienbildes differierten. Das hat einen Reformprozess im Bildungssystem, wie ihn andere europäische Länder vollzogen, verschleppt.

Wandel jetzt!

Damit sind nur einige Fehlentwicklungen genannt. Fest steht: Das Wohl der Kinder und Familien wird in diesem Land auf fahrlässige Weise vernachlässigt. Wir als Gesellschaft und die Politik nehmen unsere Verantwortung nicht gewissenhaft wahr. Weil Kinder jedoch unsere Zukunft sind, brauchen wir jetzt eine Wende. Es ist noch nicht zu spät und es stehen uns Wege und Möglichkeiten offen, die notwendigen Reformen einzuleiten. Dabei muss uns jedoch eines klar sein: Damit der Wandel gelingt, ist ein Umdenken in unserer Gesellschaft nötig. Deutschland muss kinderfreundlicher werden und die Entschlossenheit aufbringen, die Zukunftschancen der heranwachsenden Generation zu einem obersten politischen Ziel zu machen. Eine "Bildungsoffensive Deutschland" sollte unter anderem folgende Maßnahmen ergreifen:

- Einberufung eines nationalen Bildungsgipfels
- Schaffung eines verbindlichen finanziellen Rahmens für den Reformprozess (Zehn-Jahres-Masterplan)
- Bildung von "Runden Tischen" auf Bundes- und Länderebene
- Einführung von bundesweiten Qualitätsstandards (mit wissenschaftlicher Fundierung) durch ein Kita-Qualitätsgesetz
- Verpflichtung der Träger zur Qualitätssicherung
- Schaffung eines Bundes-Rahmenbildungsplans zur Orientierung für die Länder-Bildungspläne
- Vereinheitlichung der Hochschulausbildung für pädagogische Fachkräfte, Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, bessere Qualifizierung und Verbesserung der Berufs- und Einstiegsmöglichkeiten
- Reform und Vereinfachung der politischen Zuständigkeiten

Diese zentralen Maxnahmen sollten mit vielen weiteren Reformschritten auf der Praxisebene einhergehen. Die Anstrengung ist groß, aber sie ist realisierbar, wenn wir ein breites gesellschaftliches Bündnis mobilisieren können. Nicht zuletzt geht es darum, Schritt für Schritt ein neues Verständnis von Erziehung, Bildung und Betreuung zu etablieren, um in Krippe und Kita den Grundstein für gelingende Bildungsbiographien zu legen. Wir sind es den Kindern schuldig.

Ilse Wehrmann

Erzieherin und promovierte Sozialpädagogin

Ilse Wehrmann ist Erzieherin und promovierte Sozialpädagogin. Sie ist als freie Beraterin tätig und unterstützt Politik und Unternehmen beim Aufbau neuer Kitas und bei Reformen in der Frühpädagogik.

2023 erschien ihr Buch "Der Kita-Kollaps. Warum Deutschland endlich auf frühe Bildung setzen muss!" Herder-Verlag



to:xxxx

FACHGESPRÄCH DER GEW

Ganztag – aber richtig gut!

Lehrkräfte, Erzieher*innen und haupt- und ehrenamtliche GEW-Menschen trafen sich Ende November im Karlsruher DGB-Haus zum fachlichen Austausch. Dabei ging es um den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen in BW, die Anforderungen an einen guten Ganztag und die Positionierung der GEW zu den unterschiedlichen Interessen und Erwartungen.

Die qualitätsvolle Umsetzung des Ganztags an Grundschulen ist in der Diskussion. Einerseits besteht Bedarf an guten Ganztagsangeboten, und die Nachfrage steigt. Andererseits fehlt es an Fachkräften, die den Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung gut umsetzen können. Was tun?

Was heißt "Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung von Grundschulkindern"?

Der Rechtsanspruch gilt für Kinder, die ab 2026/27 eingeschult werden und tritt stufenweise in Kraft. Bis 2029/30 können letztlich die Eltern von 454.000 Grundschüler*innen einen Anspruch erheben. Die Kommunen sind für die Umsetzung verantwortlich und müssen eine Betreuung an 5 Tagen in der Woche und mit einer maximalen Schließzeit von 4 Wochen im Jahr sichern.

Die Bundesregierung verfolgt mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) das Ziel eines ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebots. Einerseits dient der Anspruch also der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Andererseits soll diese Betreuung qualitätsvoll sein und dem Kindeswohl entsprechen.

Was gibt es bisher in Baden-Württemberg?

In Baden-Württemberg gibt es eine ganze Reihe von Zeitmodellen an Grundschulen:

Halbtagsschule plus Betreuung	Ganztagsschule inklusive Betreuung*
flexible BetreuungHort an der SchuleBetreuung durch	 verbindliche Ganztagsschule zusätzliche Betreuung nach 16 Uhr Ganztagsschule nach
unterschiedliche Anbieter	§4a Schulgesetz in Wahlform

^{*)} Eine Mischung aus Formen der Landes- und kommunalen Bezuschussung

Knapp 17.000 Schulkinder besuchen hierzulande 401 Horte, rund 7.000 Schulkinder werden in altersgemischten Gruppen in Kitas betreut, bei denen die Mindeststandards nach KitaG gewährleistet sind. (Stat. Monatsheft BW 07/2022). Laut Fachkräfteradar Kita-Grundschule von 2022 nutzen rund 45 Prozent der Grundschulkinder in Baden-Württemberg Betreuungsangebote. In den östlichen Bundesländern sind es 86 Prozent. Die gegenwärtigen Betreuungszeiten entsprechen allerdings nicht denen, die der Rechtsanspruch künftig vorgibt. Der Städtetag rechnet mit einem Anstieg der Nachfrage um 10 bis 20 Prozent und einer Ausweitung der Betreuungszeiten. Schon ohne die Umsetzung des GaFöG fehlen aber bis 2030 etwa 41.000 Fachkräfte in Kitas.

Lösungsversuche der Politik

Im November 2023 wurde das Schulgesetz geändert. Die Dauer des Ganztags an Grundschulen wurde um ein weiteres Modell ergänzt: 5 Tage mit einer Dauer von 7 oder 8 Stunden sind künftig möglich. Mit diesem Modell wäre der Anspruch des GaFöG erfüllt. Bei über die Umsetzung des GaFöG wird mit KM noch verhandelt BaWü erhält vom Bund 380 Mio. € Investitionskosten 169 Mio. € Betriebskosten

neuen Anträgen auf einen Ganztagsbetrieb muss die Schulkonferenz künftig nur noch gehört werden, der Schulträger kann also jetzt alleine über die Einrichtung entscheiden. Die Beschneidung der Rechte der Schulkonferenz sind dabei ebenso problematisch wie die nach wie vor fehlenden Qualitätsstandards für die Betreuung.



Beim Fachgespräch der GEW waren unter anderem dabei: Sebastian Weber, Ricarda Kaiser, Claus Manea, Corinna Blume, Monika Stein, Barbara Bürgy, Bettina Johl, Heike Herrmann (von links)

Was eine gelingende Ganztagsschule braucht

Für die GEW ist klar, dass eine gute Ganztagsschule ein pädagogisches Konzept braucht, das alle miteinbezieht, die in der Ganztagsschule arbeiten. Angesichts des Fachkräftemangels und der Zunahme von Quereinsteiger*innen ist ein Fachkraft-Kind-Schlüssel unabdingbar. Wichtig wären Mindeststandards analog zu den Hortstandards. Genügend Raumund Außenflächen, Kooperationszeiten multiprofessionelle Teams und Arbeitsplätze für die Lehrkräfte und das pädagogische Personal gemäß Arbeitsstättenverordnung und eine maximale Gruppengröße von 20 Kindern sind ebenfalls wichtige Punkte.

Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so...

Unter dem Damoklesschwert eines noch viele Jahre andauernden Fachkräftemangels wird es schwer, eine qualitätsvolle Betreuung und eine gute Ganztagsgrundschule, sei es in Wahlform oder gebunden, umzusetzen. Schon heute ist ein Ganztagsbetrieb von den Kolleg*-innen an den Schulen kaum zu stemmen. "Qualität ja – aber nicht um jeden Preis!" könnte man die aktuelle Sicht auf

den Ganztag an vielen Schulen zusammenfassen. Durch die unterschiedlichen Systemlogiken und Arbeitgeber-Zuständigkeiten von Jugendhilfe und Schule entsteht Kooperationsbedarf, der wiederum Zeit erfordert. Organisatorische Herausforderungen müssen gelöst werden. Ein Beispiel ist der unterschiedliche Personalschlüssel von Ganztagsschule (1:25) und Hort (1:10). Hinzu kommen Absprachen mit der Kommune, die für die Betreuung zuständig ist. Bei all dem sind besonders die Schulleitungen gefordert.

Der AK Ganztag der GEW Baden-Württemberg wird sich in den nächsten Wochen intensiv damit beschäftigen, wie Ganztagsschule und Ganztagsbetreuung unter der Bedingung des Fachkräftemangels bestmöglich gelingen kann. Dabei werden wir auch mit den kommunalen Spitzenverbänden das Gespräch suchen.

Ute Kratzmeier

GEW-Referentin für allgemeine Bildung

Wer beim AK Ganztag mitarbeiten möchte, kann sich gerne melden -QR-Code scannen und antworten!



bildung & wissenschaft 12/2023

BERUFLICHE ORIENTIERUNGSWOCHE AN DER WERNER-VON-SIEMENS-SCHULE

Wohin nach der Schule?

Für viele Schüler*innen ist die Frage: "Was willst du nach der Schule machen?" schwer zu beantworten. Lieber eine Berufsausbildung starten, wenn ja, welche, oder besser weiter zur Schule gehen? An der Werner- von-Siemens-Schule in Karlsruhe stand die Woche vor den Herbstferien ganz im Dienst der beruflichen Orientierung. Fällt den Werkrealschüler*innen die Antwort danach leichter?



Baggerfahren ausprobieren war ein Angebot neben vielen anderen.

Über 30 Betriebe, Organisationen und Einzelpersonen kamen Ende Oktober an die Werner-von-Siemens-Schule (W-v-S) und boten während der Orientierungswoche einen Einblick in berufliche Lebenswelten. Ausbildungsbetriebe und Firmen aus dem Handwerk, Einzelhandel oder dem Dienstleistungssektor stellten sich auf ganz unterschiedliche Weise vor. So konnten die Schüler*innen auf dem Schulhof Baggerfahren ausprobieren, Fahrradmechaniker*innen über die Schulter schauen oder sich über die Ausbildungsmöglichkeiten bei einem großen Discounter informieren. "Für uns ist die Berufsorientierung ein zentrales Thema, auch weil wir wissen, dass die elterliche Unterstützung nicht immer so ist, wie

es die Jugendlichen brauchen würden. Wenn wir uns nicht für die Schüler*innen einsetzen, wer verbindet sie sonst mit der Berufswelt?", wies die Lehrerin Kerstin Ueberle, die zum Organisationsteam der Schule für diese Orientierungswoche gehört, auf die Bedeutung hin.

Neben der konkreten Vorstellung von Berufen ging es auch um Bewerbung und Bewerbungstraining. Die Ausbilder*innen von den Firmen simulierten mit Jugendlichen Bewerbungsgespräch und gaben hilfreiche Tipps für die Gestaltung der Bewerbung. Auch Fragen rund um Finanzen und Versicherungen spielten eine wichtige Rolle. Marcel Pavlovic, ein ehemaliger Schüler der W-v-S, brachte den



Der ehemalige Schüler Marcel Pavlovic klärte über Vorsorgemöglichkeiten auf.

Werkrealschüler*innen der 8. bis 10. Klasse einfache Basics nahe. Er erklärte den Unterschied zwischen einem Brutto- und Nettogehalt, die Bedeutung der Sozialversicherung und wies auf private Versicherungs- und Vorsorgemöglichkeiten hin. Auf seine Motivation angesprochen, warum er an die Schule zurückgekehrt sei, antwortete Marcel: "Ich hätte mir in meiner Schulzeit gewünscht, mehr zu diesen Themen zu erfahren. Als ich meine Ausbildung begonnen habe, fühlte ich mich dabei recht hilflos. Ich möchte die zukünftigen Auszubildenden dafür sensibilisieren." Das schaffte er nicht bei allen, aber je älter die Schüler*innen sind, desto eher hören sie auf den inzwischen 28-jährigen ehemaligen Schüler. In der 8. Klasse sind die Schüler*innen zum ersten Mal in die Orientierungswoche eingebunden. Bis zur 10. Klasse durchlaufen sie das Projekt dreimal.

36

Höhepunkt für viele war der Outdoortag. An einem Wochentag waren die Jugendlichen von verschiedenen Firmen eingeladen, sich über die Ausbildungsmöglichkeiten direkt vor Ort zu informieren. Der regionale Verkehrsverbund KVV hat sogar eigens eine Straßenbahn eingesetzt, um die jungen Interessierten in die Werkstätten zu bringen. Das und vieles mehr kam bei den Schüler*innen gut an. "Die Berufsorientierung hilft uns, in welche Richtung wir schauen wollen. Mehr in die Chemie oder in Technik

organisiert, vor allem die Aufteilung in kleine Lerngruppen wird von den Zuständigen als sehr positiv empfunden. Alle Personen, die in diesem Jahr teilgenommen haben, beabsichtigen auch im nächsten Jahr wieder zu kommen. Kerstin Ueberle berichtete sogar davon, dass mittlerweile Firmen und Betriebe von sich aus auf die Schule zukommen, um an der Woche teilnehmen zu können. So kann es sich die Schule sogar erlauben, einen großen Lebensmittelkonzern nicht mehr einzuladen. Dieser

Kerstin Ueberle. Es habe sich die letzten Jahre viel verändert. Wer einen Platz finden wolle, finde auch einen.

Was von der Woche übrig bleibt

Nach der Woche hört die Unterstützung der Schule auch nicht auf. "Wir geben laufend Hilfen für Telefonate oder für Einstiege in Bewerbungen. Schüler*innen von uns bekommen schneller ein Vorstellungsgespräch", ist sich die Lehrerin sicher. Über die Kontakte, die durch die Zusammenarbeit mit den Firmen entstanden sind, können Lehrkräfte auch jederzeit unkompliziert nachfragen und sich für die Schüler*innen stark machen. Um die Schüler*innen selbst stark zu machen, gehöre im gewöhnlichen Schulalltag nicht nur der übliche Schulstoff dazu. Gutes Benehmen und Höflichkeit seien genauso wichtig, lässt Ueberle wissen. Es sei ein großer Gewinn, dass Schüler*innen während der Berufsorientierung Rückmeldung von anderen und nicht nur von den Lehrkräften erhielten. Ein Lob von außen stärke ihr Selbstbewusstsein sehr, und "die Schüler*innen erkennen, was wichtig ist, in der Schule zu lernen".

Selbst die Lehrkräfte profitieren. Die Lehrerin berichtet: "Ich lerne selbst viel, über Firmen, wie vielfältig sie aufgestellt sind, welche Berufe sie anbieten. Ich kann auch mitverfolgen, dass sich die Einstellung der Firmen verändert und sie sich ernsthaft um die Schüler*innen bemühen." Welche Bewerbungsunterlagen mit der fortschreitenden Technik in Zukunft noch nötig sind, erfährt sie bei der Gelegenheit auch.

Die Resonanz bei den Betrieben und Organisationen freut natürlich auch die Schulleiterin der W-v-S, Sylvia Schäfer. Sie ist dankbar für den Einsatz der Lehrkräfte an ihrer Schule und natürlich auch den Verantwortlichen der Firmen, die hierfür Zeit und Personal investieren und somit den Jugendlichen einen tollen Einblick in die Arbeitswelt ermöglichen.

Stefan Bauer Maria Jeggle

KOMMENTAR

Immenser Aufwand

Die Vorbereitungsarbeiten für eine Berufsorientierung mit so vielen Angeboten sind für die betreuenden Lehrkräfte immens. Kerstin Ueberle, eine der drei zuständigen Lehrkräfte an der W-v-S, schätzt den Gesamtaufwand übers Jahr verteilt auf mindestens 4 Wochen zusätzliche Arbeitszeit neben dem eigentlichen Deputat. Die Orientierungswoche fand nun zum dritten Mal statt und hat sich sehr gut etabliert. Die Vorbereitung beginnt immer ein Jahr im Voraus, jeweils nach den Pfingstferien steht der Plan, was den Schüler*innen angeboten werden kann.

Die Lehrkräfte erhalten hierfür keine Entlastung oder Ermäßigung, sondern machen dies im Wesentlichen "ihren" Schüler*innen zuliebe. Sie würden sich natürlich Möglichkeiten der zusätzlichen Honorierung dieser für alle Seiten gewinnbringenden beruflichen Orientierung wünschen.

Stefan Bauer

oder eher woandershin?", bilanzierte ein Schüler. Auch eine 10.-Klässlerin äußerte sich ähnlich: "Die Woche bietet uns verschiedene Blickrichtungen. Ich war beispielsweise im Zoo und könnte mir nun vorstellen, als Tierpflegerin zu arbeiten."

Großes Interesse der Unternehmen

Auch die Rückmeldungen der Unternehmen und Organisationen, die sich beteiligt haben, sind durchweg positiv. Die Woche sei sehr gut strukturiert und



Die Lehrerin Kerstin Ueberle gehörte zum Vorbereitungsteam der beruflichen Orientierungswoche.

hat nun schon zum zweiten Mal in Folge kurzfristig abgesagt und hat nicht wie abgesprochen mit einem Info- Bus teilgenommen.

Die Betriebe erhoffen sich durch die Vorstellung ihrer Tätigkeiten neue Auszubildende. Inwieweit sich dies tatsächlich in mehr Bewerbungen umschlägt, lässt sich zwar nur schwer beziffern, aber vereinzelt sind Bewerber*innen dabei, die konkret auf die vergangenen Orientierungswochen Bezug nehmen. "Im letzten Jahr sind mehrere Praktika entstanden", weiß Ueberle.

Ein Lehrer aus der Carl-Engler-Schule kam ebenfalls und informierte die Schüler*innen, welche schulischen Möglichkeiten es an beruflichen Schulen gibt. "Wobei wir eher für einen Ausbildungsplatz werben. Weiter auf die Schule zu gehen, ist für viele Schüler*innen nur der einfachere Weg. Und viele glauben auch, ein höherer Schulabschluss biete bessere Arbeitsmöglichkeiten", sagt

GEW-FRAUENPOLITIK IM GESPRÄCH Gleichstellung im Schulbereich geht voran



Farina Semler (GEW), Sandra Boser (Staatssekretärin KM) und Uta Schneider-Grasmück (GEW)

Die grün-schwarze Landesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Baden-Württemberg eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erhält. GEW-Vertreter*innen hatten Ende November die Gelegenheit, Staatsekretärin Sandra Boser (Grüne) Ideen und Konzepte der GEW Frauenpolitik für Gleichstellung im Schulbereich vorzustellen und trafen auf offene Ohren und politischen Gestaltungswillen.

Elke Gärtner, Vorsitzende der GEW-Frauenpolitik, scheint recht zu behalten. "Der Koalitionsbeschluss gibt uns in Kombination mit der neuen Ministeriumsspitze die Chance, die Weichen für die Gleichstellungsarbeit im Kultusbereich neu zu stellen. Dafür nutzen wir nun jede Gelegenheit", sagte sie letzten Monat auf der GEW-Tagung für Beauftragte für Chancengleichheit (BfC). Eine besonders gute Gelegenheit war das Gespräch mit Staatsekretärin Sandra Boser, Die stellvertretende GEW-Vorsitzende Farina Semler, die stellvertretende Vorsitzende der Landespersonengruppe Frauen Uta Schneider-Grasmück und Manuela Reichle, GEW-Referentin für Gleichstellungspolitik, konnten für die GEW besonders wichtige Punkte ausführen.

Farina Semler betonte, dass es für die GEW wichtig sei, bei der Gleichstellungspolitik als wichtige Gesprächspartnerin für das KM zu gelten. Auch als Vorsitzende des DGB-Bezirksfrauenausschusses sei es ihr wichtig, dass jedes Ministerium mit den Vertretungen der jeweiligen Beschäftigten spreche und die

Entwicklung einer Gleichstellungstrategie nicht als Aufgabe des Sozialministeriums alleine begriffen werde. Große Einigkeit bestand bei dem Gespräch darin, dass gerade Schulen gesellschaftliche Entwicklungen im Sinne der Gleichstellung vorantreiben können. Dies gilt beispielsweise für geschlechtsunabhängige Berufswahl, für die die MINT-Förderung von Mädchen* und für die Eindämmung von geschlechtsbezogener Gewalt mithilfe von Schutzkonzepten.

Auch bei Fragen, die die Situation der

Beschäftigten betreffen, zeigte sich die

Staatssekretärin offen. Sie sicherte zu, die Anregungen der GEW unter anderem zur Teilzeit mitzunehmen. Angesprochen auf die Vertrauensanwältin in Fragen der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz, erklärte sie, dass das Kultusministerium bereits prüfe, welche Schritte unter Berücksichtigung der ressortspezifischen Besonderheiten sinnvoll seien. Sie sagte außerdem zu, sich weiterhin für Maßnahmen der Gleichstellung in der gesamten Kultusverwaltung einzusetzen. Uta Schneider-Grasmück freute sich und sagte: "Sorgen Sie auch dafür, dass die Arbeit der BfC im Schulbereich leichter wird. Dann stehen Kolleg*innen in Not nicht mehr bei BfC vor der Türe, die bei sexuellen Übergriffen nur wenig weiterhelfen können." Außerdem würden die Konflikte rund um Teilzeit dadurch entschärft.

Das nächste Treffen wurde bereits vereinbart.

Manuela Reichle

LANDESDELEGIERTEN-VERSAMMLUNG (LDV)

Außerordentliches Treffen

Am 6. Juli 2024 findet in der Stadthalle Sindelfingen eine außerordentliche Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW statt. Eine gesetzliche Änderung im Ehrenamtsstärkungsgesetz ist Anlass für das Treffen der etwa 350 Delegierten. Die GEW zeichnet sich durch ehrenamtliche Arbeit aus. Für bestimmte Tätigkeiten wie den Vorsitz von Kreisen, Bezirken und Gremien des Landesverbandes werden Aufwandsentschädigungen gezahlt. Auch wenn diese nur gering sind, ist es nötig, diese Zahlungen in der GEW-Satzung zu regeln.

Die LDV soll auch genutzt werden, um sich nach einer arbeitsintensiven Zeit mit Tarifrunden und Personalratswahlen zu treffen und über aktuelle gewerkschaftsund bildungspolitische Themen zu diskutieren. Delegiert sind die Personen, die bereits für die LDV 2020 gewählt wurden. Sie werden von der Landesgeschäftsstelle eingeladen.

Gemäß Beschluss des GEW-Landesvorstandes vom 14.10.23 und gemäß § 15 Ziff. 3 der Satzung der GEW Baden-Württemberg, in Verbindung mit § 1 der Geschäftsordnung, wird die außerordentliche Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 6. Juli 2024 einberufen. Die LDV findet in Sindelfingen statt.

Tagesordnung für die LDV 2024

- 1. Eröffnung der LDV
- 2. Konstituierung der LDV
- 3. Berichte
- 4. Beratung über Anträge
- 5. Politische Beratungen und Ausklang "Come together"

Frist für Anträge

Antragsberechtigt sind die GEW-Gremien gemäß § 16 Ziff. 1 der Satzung. Gemäß § 16 Ziff. 2 der Satzung, in Verbindung mit § 1 Ziff. 2 der Geschäftsordnung, sind die Anträge bis spätestens 6. April 2024 an die GEW Baden-Württemberg, Antragskommission, Herrn Matthias Schneider, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart (E-Mail: ldv@gew-bw.de), einzureichen.

Monika Stein

Landesvorsitzende

MASTERSTUDIUM "SCHULFORSCHUNG UND SCHULENTWICKLUNG"

Studiengang für Lehrkräfte an der Universität Tübingen



Seit zwölf Jahren bietet das Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen den Masterstudiengang "Schulforschung und Schulentwicklung" an. Der Studiengang ist offen für Lehrpersonen aller Schularten sowie Absolvent*innen erziehungswissenschaftlicher Bachelor-Studiengänge. Er kann in Vollzeit oder in Teilzeit sehr flexibel studiert werden, auch

berufsbegleitend oder während einer Elternzeit. Die Studierenden entscheiden selbst, ob sie ihren Schwerpunkt in der Forschung oder in der Entwicklung setzen möchten.

Derzeit werden vor allem die Bereiche Digitalisierung und Professionalisierung ausgebaut und Vertiefungen in Beratung und Schulleitung angeboten. Auch können zahlreiche Veranstaltungen anderer Institute und Fakultäten der Universität besucht werden und es gibt einen spezifischen Pfad für die Ausbildung zum/zur Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in. Gastvorträge aus Wissenschaft und Praxis runden das Angebot ab.

Die Studienzeit beträgt vier Semester (Vollzeit) beziehungsweise acht Semester (Teilzeit). Lehrkräfte und andere Personen, die bereits im schulischen Kontext tätig sind, können ihr Studium auf ein Studienjahr plus Abschluss-Semester verkürzen. Studiengebühren werden in der Regel nicht erhoben. Studienbeginn ist immer zum Wintersemester. Bewerbungen sind jährlich in der Zeit vom 15. April bis 15. Juni möglich.

> Britta Kohler Universität Tübingen



Weitere Informationen, eine Einladung zu einer Online-Informationsveranstaltung, Videos und Interviews mit Studierenden siehe: www.uni-tuebingen.de/de/30513

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

Demo in Stuttgart gegen Bedrohungen von rechts

Rund 1.200 Menschen haben Mitte Oktober rund um den Stuttgarter Schlossplatz gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus demonstriert. Ein neu gegründetes Stuttgarter Netzwerk "Gemeinsam gegen Rechts" hat zu der Demonstration aufgerufen.

Für die GEW sprach Corinna Blume. Sie ist im GEW-Vorstandsbereich Grundsatzfragen aktiv. "Gerade für die GEW ist das rasante Tempo der Entwicklung sehr beängstigend", sagte Blume. Sie erinnerte an die Vorgänge der beiden Lehrkräfte in Burg in Brandenburg. Sie hatten im Sommer 2023 einen Brandbrief veröffentlicht, in dem sie Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie an ihrer Schule beschrieben. "Von da an waren sie Anfeindungen ausgesetzt, noch schlimmer, es wurde zu einer regelrechten Jagd auf sie aufgerufen. ,Verpisst euch nach Berlin' stand auf Postern, die überall in der Stadt hingen. Die beiden Lehrkräfte waren diesem Druck nicht gewachsen und haben die Schule zum Schuljahresende verlassen, sie hatten um Versetzung gebeten. Unterstützung für die beiden Lehrkräfte

durch Schulaufsicht oder Politik? Fehlanzeige. Stattdessen wurden sie mit Abmahnung unter Druck gesetzt, sollten sie mit der Presse sprechen, so im Bericht des ZDF vom 15.07.2023."

Blume zitierte auch die GEW-Bundesvorsitzende Maike Finnern, die nach den Anfeindungen in Brandenburg feststellte: "Die Bedrohungen von rechts sind akut. Sie machen weder vor Bildungseinrichtungen noch vor Landesgrenzen Halt. Menschen- und demokratiefeindliche Ideologien breiten sich weltweit aus. Wir dürfen nicht wegschauen oder schweigen, vielmehr ist es allerhöchste Zeit zu handeln."

Kooperationspartner des Netzwerks sind unter anderem Stuttgarter Kunstmuseen, Kinos und Theater, der Club Wizemann, Verdi sowie die Fußballvereine VfB Stuttgart und Stuttgarter Kickers.

b&w

Weitere Informationen:

www.netzwerk-gegen-rechts.info

LANDESPERSONENGRUPPE FACHLEHRKRÄFTE / TECHNISCHE LEHRKRÄFTE Angelika Kistner verabschiedet

Angelika Kistner ist seit Juli 2023 im Ruhestand. Die langjährige ehemalige Vorsitzende der Landespersonengruppe FL/TL wurde auf der Tagung der Gruppe Mitte November (Siehe S. 28) von diesem Amt verabschiedet. "Wir Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte sind dir, liebe Angelika, zu großem Dank verpflichtet. Viele unserer Erfolge der letzten Jahre sind deine Verdienste. Dein Netzwerk verzweigte sich in alle Richtungen und auf vielen Ebenen: Von den Seminarstandorten über den Hauptpersonalrat im Kultusministerium bis zu den unterschiedlichen Landtagsfraktionen. Überall hast du dich für DEINE Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte eingesetzt", würdigte sie ihr Nachfolger Stefan Bechtold.



Blumen für Angelika Kistner auf der Fachtagung der FL/TL. Sie wurde als Vorsitzende der Landespersonengruppe FL/TL verabschiedet. Rechts neben ihr, der Nachfolger Stefan Bechtold.

Die GEW dankt Angelika für ihre außergewöhnlich engagierte und erfolgreiche Arbeit und wünscht ihr alles Gute. Auf Kreisebene bleibt sie weiter aktiv.

h&w

AKTION ZUR TARIFRUNDE IN AULENDORF

Forderungen Ausdruck verliehen



Aktion nach der Bezirksversammlung der GEW Südwürttemberg.

Im Rahmen der Bezirksversammlung der GEW Südwürttemberg, die am 14. November in Aulendorf stattfand, referierte der Tarifexperte und Arbeitnehmer*innenvertreter Manfred Schechinger zu den aktuellen Tarifverhandlungen im Bereich TV-L.

Im Anschluss an den Vortrag versammelten sich die Delegierten, um den Forderungen der Arbeitnehmer*innen nach 10,5 Prozent oder mindestens 500 Euro Erhöhung des Tabellenentgelts lautstark Ausdruck zu verleihen. Gefordert wird zudem ein Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte und 200 Euro mehr für Azubis.

Martina Jenter-Zimmermann Bezirksvorsitzende Südwürttemberg

Ludwigsburg



18 Jubilar*innen mit 45 Jahren Mitaliedschaft in der GEW Ludwiasbura

Die diesjährige Jubilar-Ehrung der GEW Ludwigsburg Anfang Oktober 2023 fand in der Alten Kelter in Besigheim statt. Die Kreisvorsitzenden Inken König und Martin Hettler zeichneten Jubilarinnen und Jubilare mit beeindruckend langer GEW-Mitgliedschaft aus. Otmar Hundsdorfer konnte auf 60 Jahre, Elisabeth Landsperger auf 55 Jahre und sechs

weitere auf stolze 50 Jahre in der GEW zurückblicken.

Die größte Jubilar*innen-Gruppe wurde für 45 Jahre Mitgliedschaft geehrt: Gerlinde Ziegler, Rudolf Schaaf, Brigitte Rüdt-Ebinger, Christina Rittmann, Karin Ringwald, Matthias Rudolf, Cornelia Packmor, Karl-Heinz Pfitzer, Ingrid Münnich, Claudia Scheel, Erich Fritz, Ursula Lorenz, Johannes Fezer, Beate Bruns, Ursula Burkhardt, Annemarie Anestis, Regina Hoevermann.

Neben dem leckeren Jubiläumsmenue genossen alle Gäste die tolle musikalische Umrahmung mit dem Trompeten-Duo und der Bigband der Musikschule Besigheim.

Susi Gräbitz

Friedrichshafen



Vertrauensleute aus Friedrichshafen, Überlingen und Ravensburg ließen sich für ihre GEW-Arbeit fit machen.

Anfang Oktober fand im Ringhotel Krone in Schnetzenhausen der diesjährige Vertrauensleute-Workshop des Ortsvereins Friedrichshafen statt. Neben den Vertrauenspersonen aus Friedrichshafen, Überlingen und Ravensburg waren auch die Kandidat*innen für die Personalratswahl 2024 herzlich eingeladen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen führte Business-Coach Rainer Manderla

durch den Nachmittag mit dem Thema: "GEW-Mitglied sein/werden? Warum es sich lohnt!". In Gesprächen und kleinen Rollenspielen erarbeitete sich die Gruppe hilfreiche Tipps und Handlungsmöglichkeiten für eine positive Gewerkschaftsarbeit in den Kollegien.

Benjamin Graf, Mia Bochtler Kessler

Böblingen



Ehrung der Jubilare der GEW Böblingen

"Da hat mir die GEW sehr geholfen." Diesen Satz hat man nicht zum ersten Mal in der Vorstellungsrunde der Jubilar*innen gehört. In diesem Fall hat die Unterstützung zu einer Nachzahlung vom Besoldungsamt geführt, die eine schöne Reise ermöglichte.

Gefeiert hat die GEW Böblingen im Hotel Gärtner in Holzgerlingen. Überraschenderweise überwogen dieses Mal bei den Jubilar*innen diejenigen, die 40 Jahre und mehr bei der GEW Mitglied sind. Viele haben sich durch ein besonderes Engagement in der GEW hervorgetan: Gerhard Winter (40 Jahre), Sonja und Bernd Hanstein(45 Jahre), Helmut Vogel, Michael Kuckenburg, Christiane Grau-Krieger, Michael Drassek (50 Jahre), Wolfgang

Zeeb, Wolfgang Bosch (55 Jahre). Neben Hermann Kühl, der leider verhindert war, konnte Karlheinz Bauknecht 60 Jahre Mitgliedschaft vorweisen. Bernd und Sonja Hanstein, die die Ehrung vornahmen, bedankten sich bei allen für ihre langjährige Treue zur GEW.

Weil die Böblinger nächstes Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiern können, verwies Michael Kuckenburg auf eine Besonderheit: Die GEW Böblingen hatte als einzige in Baden-Württemberg die Mitgliederversammlung als höchstes Organ eingeführt und das System der Vertrauensleute etabliert.

Wally Gollwitzer

Esslingen



Zwiebelbrunnen in Esslingen

Einmal im Jahr lädt der OV Esslingen seine Jubilare zu einem Sektempfang und einer anschließenden Veranstaltung ein. Dieses Mal begann der Empfang bei Kessler in Esslingen, der ältesten Sektkellerei Deutschlands. Viele waren erfreut, bekannte Gesichter wiederzusehen und neue Bekanntschaften zu schließen.

Im Anschluss an den Empfang konnten die Teilnehmenden einen besonderen Stadtrundgang zum Thema "Industrialisierung in Esslingen - Auf den Spuren der Arbeiterbewegung" genießen. Die Stadtführung wurde von Thomas Maier, einem Gewerkschaftssekretär der IG Metall Esslingen, geleitet.

Die Führung startete an der Fachhochschule für Technik in Esslingen, dem ehemaligen Standort des Gewerkschaftshauses, wo ein Schild an die Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1933 erinnert. Unterwegs gab es viele weitere interessante Stationen, darunter auch die Gedenktafel zur Gründung des württembergischen Lehrerverbands am 12.08.1840, ein besonders wichtiger Ort für uns Mitglieder der GEW. Die Führung war insgesamt sehr informativ und reich an kleinen Anekdoten, wodurch alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit vielen neuen Erkenntnissen nach Hause gingen. 🏉

Sandra Schettke

PERSONALRÄTESCHULUNG DER SEMINARE

Rechtliche Fragen und Informationsaustausch



Personalrät*innen der Seminare trafen sich Mitte November im Löchnerhaus

Bei dem Treffen standen zunächst die rechtlichen Fragen der Teilnehmenden im Mittelpunkt. Der Referent Prof. Johann Bader beantwortete sie umfassend. Der zweite Tag war dem Informationsaustausch gewidmet. Die Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung wurden von den anwesenden Vertrauenspersonen dargestellt.

Martin Morgen

Unsere Jubilare

75. GEBURTSTAG

Anette Kontner, Leinfelden-Echterdingen, *15.01.1949

80. GEBURTSTAG

Walter Preising Mehrstetten, * 27.12.1943 Ursula Zinsmaier, Dunningen, *05.01.1944 Ursula Wolf, Kirchberg / Murr, *06.01.1944 Rosemarie Höllwarth, Pfedelbach, *08.01.1944 Heidi Grass, Rheinfelden, * 09.01.1944 Rolf Diefenbach, Heilbronn, * 10.01.1944 Renate Schaeff, Gernsbach, *13.01.1944 Werner Patzak, Mosbach, * 22.01.1944 Irene Grüner-Waggershauser, Karlsruhe, * 26.01.1944 Rita Kaiser, Mosbach, *28.01.1944, Waltraud Pitters, Heilbronn, * 28.01.1944 Herbert Scholer, Seckach, *29.01.1944 Günter Endres, Lahr, *31.01.1944 Elfriede Wilhelm, Stuttgart, * 01.02.1944 Heidemarie Tischhäuser,

Wiesloch, * 01.02.1944

Ettlingen, *03.02.1944

Harald Brück,

Hans Reidl, Denzlingen, *05.02.1944 Gudrun Thissen, Freiburg, * 06.02.1944 Burkhard Stoffel, Filderstadt, * 06.02.1944 Friedrich Nemec. Filderstadt, * 06.02.1944 Renate Donig, Sindelfingen, *07.02.1944 Heinz-Holger Wehrens, Karlsruhe, * 10.02.1944 Ingrid Flämig, Freiburg, * 10.02.1944 Brigitte Ritzmann, Calw, * 10.02.1944 Dietmar Schnell, Glauchau, * 11.02.1944 Barbara Gediehn, Baden-Baden, * 16.02.1944 Anne Spohn, Heilsbronn, * 22.02.1944 Hans-Martin Kobler, * Reutlingen, *23.02.1944 Manfred Müller, Viernheim, * 27.02.1944

85. GEBURTSTAG

Konstanze Lindemann, Mannheim, *07.01.1939 Elke Vetter, Backnang, *07.01.1939 Klaus Schanne, Remseck, *09.01.1939 Christian Mainhardt, Künzelsau, *10.01.1939 Manfred Wolfhard, Dürnau, *12.01.1939 Manfred Metzroth, Emmendingen, * 13.01.1939 Gerhard Völker, Elzach, *13.01.1939 Klaus Gläser, Öhringen, * 14.01.1939 Herbert Rapp, Amtzell, *05.02.1939 Günter Kehrer, Tübingen, * 06.02.1939 Gerda Marseglia, Friedrichshafen, * 14.02.1939 Alfred Winterroth, Ettlingen, * 16.02.1939 Roswitha Dimmeler, Hagnau, *17.02.1939 Jürgen Noack, Esslingen, * 20.02.1939 Herbert Apostel, Karlsruhe, * 22.02.1939 Guenter Romberg, Weinstadt-Endersbach, *23.02.1939 Rosemarie Wagner, Oberstenfeld, *24.02.1939 Gertraud Tertel, Satteldorf, * 14.01.1939 Herbert Paul, Asperg, * 15.01.1939 Christoph Gammert, Göppingen, * 21.01.1939 Gisela Haag, Heidelberg, *21.01.1939 Eduard Rückle, Tübingen, *22.01.1939 Günther Schulz,

Esslingen, * 22.01.1939

Barbara Knodel, Ölbronn-Dürrn, * 31.01.1939 Eckhard Walther, Mannheim, * 31.01.1939

90. GEBURTSTAG

Walter Jost, Buggingen, *03.01.1934 Eva Mayer, Göppingen, *15.01.1934

92. GEBURTSTAG

Werner Kästle, Freiburg, *04.01.1932 Gerhard Visel, Karlsruhe, *31.01.1932

93. GEBURTSTAG

Guenter Theurer, Bad Herrenalb, *28.01.1931

95. GEBURTSTAG

Frans Joris Fabri, Kißlegg, * 21.01.1929 Oswald Wolbert, Durmersheim, * 26.01.1929

99. GEBURTSTAG

Allmut Weber, Böblingen, * 15.02.1925

100. GEBURTSTAG

Kurt Eifert, Süßen, * 18.02.1924

103. GEBURTSTAG

Rachel Dror, Stuttgart, * 19.01.1921

Ab Januar 2024 ist keine Zustimmung mehr nötig, um die Jubilarsdaten zu veröffentlichen. Widerspruch ist natürlich möglich. Der Wechsel von der Zustimmungs- zur Widerspruchsregelung wird möglich, weil laut LDV-Beschluss die GEW-Satzung dazu geändert wurde. Wer nicht genannt werden möchte, schickt bitte drei Monate vorher eine Nachricht per Post (Mitgliederverwaltung, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65) oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de).

Stuttgart

Ende Oktober trafen sich GEW-Mitglieder der Örtlichen Personalräte der Beruflichen Schulen Stuttgarts im Restaurant Amadeus. Eingeladen hatte der Kreisvorstand Stuttgart, um ein Kennenlernen und den Austausch von Erfahrungen rund um die Arbeit in diesem Amt zu ermöglichen. Die beiden Vertreterinnen der Beruflichen Schulen im Kreisvorstand, Gabriele Stork und Corinne Blaumeiser, veranstalteten dieses Treffen zum ersten Mal. Die Terminfindung war nicht einfach, denn einige Kolleg*innen unterrichten bis 21:30 Uhr und auch samstags. Zu den Berufliche Schulen gehören eine Vielzahl an Schularten: Berufliche Gymnasien, Fachschulen für Meister und Techniker, Berufskollegs, Berufsfachschulen, Berufsschulen und Schularten des Übergangssystems wie AV oder VABO. Entsprechend komplex sind die Organisation der Abläufe und der Einsatz des Kollegiums. Daraus ergeben sich



Von links: Friederike Burgstahler, Barbara Neher, Corinne Blaumeiser, Wilhelm Fischer, Mansour Attia, Gabriele Stork, Ewald Mandl

sehr viele Anlässe für Aufträge an die örtlichen Personalvertretungen. Daneben wurden auch Grundsätze der Personalratsarbeit an den einzelnen Schulen ausgetauscht, z.B. ob der ÖPR für seine Arbeit einen Raum zur Verfügung hat oder wie der Austausch und die Zusammenarbeit mit der Schulleitung organisiert sind. An dem Abend konnten

viele Themen besprochen werden und alle Teilnehmer*innen waren sich einig: Diese Möglichkeit des Austauschs soll wieder stattfinden.

Corinne Blaumeiser

Ravensburg-Bodenseekreis



Die Band "Analog Natives" aus der Humpis-Gewerbeschule Ravensburg beim GEW-Band-Festival im Hoftheater Baienfurt

Nach einer langen Corona-Zwangspause fand als Auftakt in die Herbstferien im Hoftheater Baienfurt wieder das GEW-Band-Festival statt. Fünf Bands mit Musikerinnen und Musikern aus Lehrerkollegien der Region lockten mit rockigen Beats das tanzfreudige Publikum auf die Tanzfläche. Auf der Bühne standen Lehrer*innen aus Gemeinschaftsschulen, SBBZ, Gymnasien und beruflichen Schulen; nicht nur Musiklehrkräfte, aber alle mit bühnenreifer Performance, die für gute Stimmung beim Publikum sorgten. Eine lautstarke Rhythmus-Einlage gab es von der GEW-Samba-Gruppe

"Samba Partida", bestehend aus Lehrkräften aus dem Schussental.

Ein besonderer Gast war die ehemalige Landesvorsitzende Doro Moritz. Das Organisationsteam mit Tanja Neidhart, Andreas Hettinger und Sven Gleichauf freute sich über das gelungene Musikfest startet motiviert in die Planung für das nächste Jahr. Das GEW-Band-Festival ist mit etwa 200 Gästen und 40 Musiker*-innen eine der größten Veranstaltungen im Kreis Ravensburg-Bodenseekreis.

Tanja Neidhart

Offenburg

Mitte Oktober lud der GEW-Ortsverband Offenburg zur regulären Mitgliederversammlung nach Ortenberg ein. Die stellvertretende Kreisvorsitzende der GEW Ortenau, Patricia Ball, berichtete über aktuelle Themen aus Land, Bezirk und Kreis. Zentrales Thema bleibt der Lehrkräftemangel, der sich in allen Schularten, insbesondere aber in Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und den Grundschulen zeigt. Die GEW unterbreitet immer wieder Vorschläge zur Abmilderung dieses belastenden Dauerzustandes. Höhepunkt der Veranstaltung war die

Ehrung langjähriger Mitglieder: Monika

Mielke (für 50 Jahre), Andrea Kocher (für

25 Jahre), Dorothe Thaens (für 25 Jahre), Roswitha Kessler (für 50 Jahre). ◢

Martin Grethen

Waldshut



Mitglieder im Ruhestand im Dom St. Blasius

Eine Gruppe von Mitgliedern im Ruhestand der GEW Waldshut nahm Ende Oktober an einer Veranstaltung in St. Blasien teil. Nach einer mit vielen Details gespickten Domführung mit Thomas Mutter im Dom St. Blasius

zog die Gruppe weiter ins Domhotel. Dort wurde in einer Gesprächsrunde über die derzeitige, regionale Situation der Flüchtlinge gesprochen, die von Veronika Faller vom Asylkreis St. Blasien und Hassan Aldib, Leiter der Unterkunft in Wehr, beleuchtet wurde. Beide berichteten – wie anwesende Flüchtlinge aus Syrien und dem Iran einerseits von gelungener Integration, aber andererseits auch von wachsender Überbelegung der Unterkünfte und der Deutschkurse. Die Verwaltung und auch die ehrenamtlichen Helfergruppen seien unter anderem dadurch unter großen Druck geraten.

Daran entspann sich eine lebendige Diskussion über die Asylpolitik in Deutschland und notwendige Korrekturen der Politik - auch für einen gesellschaftlichen Konsens, der momentan sehr gefährdet scheint. Darüber war sich die Runde am Schluss der Diskussion einig.

Gerhard Kappenberger

Unseren Toten zum Gedenken

Gisela Holzwarth, Realschullehrerin

* 11.05.1936 in Hannover †13.11.2023 in Ettlingen

Kurt Kürner, GHS-Lehrer

* 05.06.1951

†03.11.2023 in Höchenschwand

Harald Lutz, Realoberlehrer

* 09.02.1939 in Stobertal †23.11.2023 in Kirchberg / Jagst

Elly Mattern, GHS-Lehrerin

* 11.10.1935 in Gnadental, Bessarabien †03.11.2023 in Mosbach

Irmgard Sattig, Grundschullehrerin

* 06.04.1941 in Marxzell-Burbach †09.09.2023 in Baden-Baden

Günter Schweikle, Studiendirektor

* 22.02.1931 in Heilbronn †04.10.2023 in Bretzfeld

Walter Stauch, Gymnasiallehrer

* 30.05.1949 in Heidelberg †02.11.2023 in Karlsruhe

Annemarie Stachon, Hauptschullehrerin

* 27.04.1942 in Oberpfannenstil †24.07.2023 in Göppingen

Imogen Wiedensohler, Oberlehrerin

* 23.08.1938 in Freiburg †21.11.2023 in Breisach Gündlingen

Anneliese Wörner, Sonderschulpädagogin

* 22.10.1939 in Stuttgart †24.10.2023 in Stuttgart

Ab Januar 2024 brauchen wir keine explitzite Zustimmung mehr, um Todesfälle zu veröffentlichen. Widerspruch ist natürlich möglich. Der Wechsel von der Zustimmungs- zur Widerspruchsregelung wird möglich, weil laut LDV-Beschluss die GEW-Satzung dazu geändert wurde. Wer nicht genannt werden soll, bitte per Post (Mitgliederverwaltung, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65) oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) mitteilen.

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg Verantwortlicher Redakteur: Michael Hirn Geschäftsführende Redakteurin: Maria Jeggle Regelmäßige Mitarbeiter*innen: Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Andreas Schuler Koordination GEW-Design: Evi Maziol Layout: Virginia Scaldavilla Schlusskorrektur: Frank Osterlow

Anschrift der Redaktion:

b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-36, E-Mail: b+w@gew-bw.de

Beilage: "Die Unterrichtspraxis" erscheint 8-mal im Jahr. Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig E-Mail: up@gew-bw.de

Verlaa mit Anzeiaenverwaltuna:

Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7A, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799, E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

Geschäftsführung:

Hans Maziol, Monika Stein

Verantwortlich für Anzeigen:

Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772, melanie.focali@spv-s.de
Anzeigenschluss: ca. 15. des Vormonats

b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich

10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

Druck: GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim **Druckauflage:** 50.000 Exemplare (4. Quartal 2024) Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:

Nr. 01 – 02/2024 am 16.02.2024, Redaktionsschluss: 15.01.2024 Nr. 03/2024 am 22.03.2024, Redaktionsschluss: 19.02.2024 siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw Dieses Heft wurde am 13.12.2023 für den Druck abaeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Termine

GEW

AK Lesbenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am > Freitag, 26.01.2024, 16:00 – 18:30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle, Silcherstraße 7a in Stuttgart statt. lesbenpolitik@gew-bw.de

GEW-Kreise und Ortsverbände

Göppingen

> Samstag, 13.01.2024, 18:00 – 20:00 Uhr Schulrecht für Schulleitungen – Online Referentin: Ruth Zacher Anmeldung: s.davis@mail.de > Mittwoch, 31.01.2024, 18:00 – 20:00 Uhr Schülerleistungen und KI, KI in der Schule – Umgang und Einsatz – Online

Referent: Christian Stumfol, Medienpädagogischer Berater LMZ Anmeldung: Marc.Kasper@gew-bw.de

Reutlingen/Tübingen

> Dienstag, 06.02.2024, 18:00 – 20:00 Uhr "Das Lehrerzimmer" Filmvorführung in Zusammenarbeit mit dem Programmkino im Wendler Areal > Dienstag, 09.01.2024, 16:30 Uhr Jour Fixe / Stammtisch des Kreises RT/TÜ im Kaffeehäusle in Reutlingen

Lörrach/Waldshut

> Dienstag, 11.04.2024, 15:30 – 17:00 Uhr Schulrecht Bascis Modul 3: Konferenzen – Online Weitere Informationen unter www.gew-bw.de/loerrach und www.gew-bw.de/waldshut.

Pforzheim

> Mittwoch, 14.02.2024, 14:30 Uhr Künstliche Intelligenz: Chancen, Nutzen, Risiken Parkhotel Pforzheim – mit Erich Liesecke, Vorstandsbereich Weiterführende Bildung der GEW-BW Anmeldungen bis 05.02.2024 an GEW MiR Bernd Rechel 07232-8734



Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30





Ihre Unterstützung im Alltag



Goerlich/Rux **GEW-Jahrbuch 2024**

Für Lehrkräfte

43. vollständig aktualisierte Auflage

- Standardausgabe -

2024, ca. 1064 Seiten, 27 € (GEW-Mitglieder 15 €) ISBN 978-3-944970-38-7 Print + E-Book 39 €

(GEW-Mitglieder 23 €)

- Sonderausgabe für Berufliche Schulen -

2024. ca. 1400 Seiten. 27 € (GEW-Mitglieder 15 €) ISBN 978-3-944970-39-4 Print + E-Book 39 € (GEW-Mitglieder 23 €)

Jeweils auch als E-Book 18 € (GEW-Mitglieder 10 €)

Erscheint am 8. Januar 2024



Wiedemann Steuererklärung 6. überarbeitete Auflage 2023, 72 Seiten, DIN A 4 11 € (GEW-Mitglieder 7 €)





Goerlich/Rux

55plus - Ruhestand und Vorsorge 10. überarbeitete und aktualisierte Auflage 2023, 164 Seiten, DIN A 4, 20 € (GEW-Mitglieder 12 €) ISBN 978-3-944970-36-3





Goerlich/Rux Eltern-Jahrbuch 2023 Handbuch des Schul- und Elternrechts an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg 22. Jahrgang, 544 Seiten

ISBN: 978-3-944970-37-0



Handbuch inkl F-Book 25 FUR



Ihr Buch beim Süddeutschen Pädagogischen Verlag

Sie haben eine Idee für eine praxisorientierte Publikation oder haben bereits eine Arbeit mit viel Leidenschaft geschrieben?

Nun möchten Sie sie veröffentlichen. Ganz gleich, ob es sich um eine Monografie (z.B. ein Lehrbuch, eine Dissertation oder Habilitation) handelt oder um einen Sammelband.

Der Süddeutsche Pädagogische Verlag steht Ihnen bei der Publikation zur Seite.

Sie profitieren von einer hochwertigen Herstellung, permanenter persönlicher Betreuung und einem hohen Verbreitungsgrad.

Mit Ihrem Buch bei uns vermitteln Sie Ihr Wissen und Ihre Expertise den im Bildungswesen Beschäftigten.

Rufen Sie einfach an oder schreiben Sie.







